
Vorsitz: Polen**1367. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 7. April 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vorsitz, Russische Föderation (Anhang 1)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Kanada (Anhang 5), Türkei (Anhang 6), Vereinigtes Königreich (Anhang 7), Schweiz (PC.DEL/518/22 OSCE+), Montenegro (auch im Namen von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kanada, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigte Staaten von Amerika) (Anhang 8), Georgien (Anhang 9), Island (Anhang 10), Norwegen (Anhang 11), Lettland,

1 Enthält eine Korrektur technischer Natur im Anhang 15.

Portugal (Anhang 12), Parlamentarische Versammlung der OSZE
(PA.GAL/18/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **BERICHT DES LEITERS DER OSZE-MISSION IN
SKOPJE**

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission in Skopje (PC.FR/5/22 OSCE+),
Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien,
Montenegro und der Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und
Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und
Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und
EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und der
Ukraine) (PC.DEL/534/22/Rev.1), Russische Föderation (PC.DEL/522/22
OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/515/22), Türkei
(PC.DEL/541/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Schweiz (PC.DEL/517/22
OSCE+), Norwegen (PC.DEL/527/22), Nordmazedonien (PC.DEL/587/22
OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

- (a) *Fortgesetzte Verbrechen der Ukraine mit Unterstützung durch eine Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 13), Frankreich – Europäische Union, Frankreich (PC.DEL/543/22 OSCE+), Ukraine, Lettland, Vereinigtes Königreich, Kanada (Anhang 14), Vorsitz, Deutschland (Anhang 15)

Zur Geschäftsordnung: Deutschland

- (b) *Eklatante Verstöße gegen die Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten unter offenkundiger Missachtung des Völkerrechts und internationaler Rechtsinstrumente:* Russische Föderation (PC.DEL/526/22), Frankreich – Europäische Union, Deutschland (Anhang 16), Lettland (Anhang 17), Norwegen (PC.DEL/528/22)
- (c) *Präsidenten- und Parlamentswahlen in Serbien und die Weigerung Prištinas, das Einsammeln der Stimmzettel durch die OSZE-Mission im Kosovo zu ermöglichen:* Serbien (Anhang 18), Russische Föderation (PC.DEL/525/22 OSCE+), Albanien (Anhang 19), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/521/22), Vereinigtes Königreich, Deutschland (Anhang 20), Frankreich (Anhang 21)

Punkt 4 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, in Georgien, Aserbaidschan und Armenien vom 29. März bis 1. April 2022:* Vorsitz
- (b) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Japans, S. E. Y. Hayashi, am 4. April 2022 in Warschau:* Vorsitz

- (c) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten sowie Commonwealth- und Entwicklungsfragen des Vereinigten Königreichs, I. E. E. Truss, am 5. April 2022 in Warschau: Vorsitz*
- (d) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit Mitgliedern der im Rahmen der Liga der Arabischen Staaten eingerichteten Kontaktgruppe zur Ukraine-Krise am 5. April 2022 in Warschau: Vorsitz*
- (e) *Bekanntgabe der Wiederaufnahme der Arbeit des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts- und Umweltausschusses und des Ausschusses zur menschlichen Dimension: Vorsitz, Vorsitz des Sicherheitsausschusses, Vertretung des Vorsitzes des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Vorsitz des Ausschusses zur menschlichen Dimension, Frankreich – Europäische Union (Anhang 22), Vereinigtes Königreich, Russische Föderation (Anhang 23), Ukraine, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/524/22 OSCE+)*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *22. Konferenz der Allianz gegen Menschenhandel zum Thema „Schutz: Wahrung der Rechte der Opfer und Verbesserung der Hilfe“ vom 4. bis 6. April 2022 in Wien und über Videokonferenz: Generalsekretärin (SEC.GAL/46/22 OSCE+)*
- (b) *Teilnahme der Generalsekretärin an der Konferenz zur Unterstützung der Republik Moldau – „Brücke der Solidarität“ am 5. April 2022 in Berlin: Generalsekretärin (SEC.GAL/46/22 OSCE+)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Reichstagswahl in Schweden am 11. September 2022: Schweden*
- (b) *Parlamentswahl in Malta am 26. März 2022: Malta (PC.DEL/545/22)*
- (c) *Verleihung des Democracy Defender Award und Seminar am 4. Mai 2022 in Wien: Schweiz (auch im Namen von Dänemark, Kanada, Montenegro, den Niederlanden, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) (PC.DEL/530/22 OSCE+)*
- (d) *Konferenz zur Unterstützung der Republik Moldau – „Brücke der Solidarität“ am 5. April 2022 in Berlin: Deutschland (PC.DEL/532/22), Frankreich, Rumänien (PC.DEL/583/22 OSCE+), Moldau*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 28. April 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1367/Corr.1
7 April 2022
Annex 1

GERMAN
Original: RUSSIAN

1367. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1367, Punkt 2

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir bekräftigen erneut unseren Einspruch gegen den ersten Punkt, den der Vorsitz auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Ständigen Rates gesetzt hat. Wir ersuchen Sie dringend, Herr Vorsitzender, die Diskussionsthemen in strikter Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung der OSZE zu formulieren, der zufolge diese die übereinstimmende Auffassung aller Teilnehmerstaaten, nicht jedoch von Ländergruppen oder Bündnissen, wiederzugeben hat. Darüber hinaus ist ein solches Vorgehen in Absatz 2 Buchstabe (b) des Beschlusses Nr. 8 des Ministerrats von Porto aus dem Jahr 2002 eindeutig festgelegt.

Wir beharren darauf, dass sich der polnische Vorsitz strikt an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren hält, diese nicht mehr nach Gutdünken auslegt und faire und niemanden diskriminierende Bedingungen für die Erörterungen im Ständigen Rat schafft.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1367. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER UKRAINE

Herr Vorsitzender,

gestern bezeichnete Putins Regierungssprecher die Flucht der russischen Banden aus der Region Kyjiw als „Geste des guten Willens“.

Natürlich kann er ihre Untaten so beschreiben, wie es ihm beliebt.

Wir wissen jedoch alle, was es mit dieser „Geste“ – und der so genannten „Entnazifizierung“, die sie dem ukrainischen Volk angetan haben – wirklich auf sich hat.

Nach wie vor entdecken wir die Leichen der Ermordeten, Hingerichteten, Gefolterten und Verhungerten.

Die Ruschisten haben in diesen Dörfern und Städten einen regelrechten Amoklauf veranstaltet, der sich gegen die Zivilbevölkerung richtete. Das war ein organisierter Feldzug des Massenterrors, der im Zuge dessen durchgeführt wurde, was der Kreml für die Ukraine geplant hatte.

Und jetzt versucht Moskau, die Aufmerksamkeit von den Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzulenken, die von seinen Soldaten in der Region Kyjiw begangen wurden.

Denn nach dem ursprünglichen Plan von Putin sollte niemand Zugang zum Schauplatz der Verbrechen erhalten. Vor allem keine internationalen oder unabhängigen Akteure.

Sie tun eigentlich jetzt dasselbe wie im Fall von MH17. Wie in vielen anderen Fällen auch.

Sie setzen zahlreiche Verschwörungsnarrative in die Welt, um Zweifel an der Realität zu säen.

Und es ist ja tatsächlich eine armselige Inszenierung, wie sie versuchen, Russlands Ruf wiederherzustellen.

Russland hat seinen guten Ruf allerdings schon aufgrund der Hinterhältigkeit des Kremls und der Barbarei des russischen Militärs eingebüßt.

Er wurde auch von den russischen Diplomatinen und Diplomaten verspielt, die wiederholt gelogen und die Kriegsvorbereitungen dementiert haben.

Diesen verlorenen guten Ruf können auch diejenigen nicht wiederherstellen, die weiterhin Kriegsverbrecher reinwaschen.

Anstatt seine Glaubwürdigkeit weiter aufs Spiel zu setzen, sollte Moskau endlich mit den einschlägigen internationalen Mechanismen zusammenarbeiten, die die Ukraine eingeladen hat, die Vorkommnisse zu untersuchen, die in der Region Kyjiw unter der vorübergehenden russischen Besatzung geschehen sind.

Ich möchte noch einmal klipp und klar festhalten, dass die Ukraine für eine unabhängige internationale Untersuchung bereitsteht.

Die Ukraine hat auch ein entsprechendes Ersuchen an den Internationalen Strafgerichtshof gerichtet.

Und wir werden alles daransetzen, so schnell wie möglich Beweise zu sammeln, um den Sachverhalt festzustellen und diejenigen, die diese Gräueltaten begangen haben, vor Gericht zu bringen.

Die Gerechtigkeit muss siegen. Im Namen aller unschuldigen Opfer.

Dazu muss Russland seine Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet abziehen, die Verantwortung für die schweren völkerrechtlichen Verbrechen übernehmen, die begangen wurden, den Opfern Wiedergutmachung leisten und verlässliche Garantien dafür abgeben, dass sich solche Aggressionen und andere völkerrechtswidrige Handlungen nicht wiederholen. So sollte Russland im besten Fall handeln.

Allerdings tauchen auch in anderen Regionen neue Beweise für brutale Verbrechen auf.

Die sogenannte russische Armee beschießt weiterhin zivile Objekte.

Allein in der vergangenen Nacht wurden die Wohngebiete von Charkiw 27 Mal mit verschiedenen Waffentypen beschossen.

Nach dem Rückzug Russlands aus Tschernihiw hat sich unseren Augen ein neuer Friedhof mit den Opfern des barbarischen Beschusses dargeboten.

Gestern wurden in Wuhledar in der Region Donezk Zivilistinnen und Zivilisten beschossen, die in einer Schlange auf humanitäre Hilfe warteten. Vier Menschen wurden getötet.

Durch wahllosen Beschuss flog in Rubischne in der Region Luhansk ein Tank mit giftiger Salpetersäure in die Luft.

Das unverantwortliche Verhalten Russlands erhöht das Risiko weiterer chemischer Zwischenfälle. Und wir müssen wachsam sein, denn das russische Verteidigungsministerium hat damit begonnen, die Ukraine zu beschuldigen, in der Stadt Perwomajskij in der Region Charkiw eine „Provokation durch den Einsatz von giftigen Substanzen“ vorzubereiten.

Mit Schrecken hören wir zur selben Zeit von der Stadtverwaltung von Mariupol, dass die russischen Invasoren begonnen haben, mobile Krematorien einzusetzen.

Es scheint, dass die russische Seite nach dem Massaker von Butscha nun versucht, die Spuren ihrer Verbrechen zu beseitigen.

Aber es gibt bereits zu viele Zeuginnen und Zeugen für die russischen Gräueltaten in der Ukraine. Und zu viele Ukrainerinnen und Ukrainer haben die Brutalität der russischen Armee erlebt.

Diese Erinnerungen lassen sich nicht in mobilen Krematorien verbrennen. Und sie lassen sich nicht mit verlogenen Erklärungen ungeschehen machen.

Ich möchte nur einige Beispiele dafür anführen, was die Russen in anderen Regionen angerichtet haben. Nach Angaben von Human Rights Watch haben die russischen Streitkräfte am 27. Februar im Dorf Starij Bykiw in der Region Tschernihiw mindestens sechs Männer zusammengeholt und anschließend hingerichtet.

Eine Frau berichtete Human Rights Watch, dass sie am 13. März in einer Schule in der Region Charkiw, wo sie und ihre Familie Zuflucht gefunden hatten, von einem russischen Soldaten mehrmals vergewaltigt wurde. Er schlug sie auch, brachte ihr Messerverletzungen im Gesicht und am Hals bei und schnitt ihr die Haare ab.

Es gibt viele andere, nicht weniger schreckliche Berichte, und sie gleichen dem, was wir in der Region Kyjiw gesehen haben. Aus ihnen allen lässt sich eine allgemeine Strategie erkennen, die die Russen in den besetzten Gebieten verfolgen. Alle diese Fälle werden genauestens untersucht und für künftige Prozesse dokumentiert werden.

Gegenwärtig hat die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine etwa 4 690 Fälle von Kriegsverbrechen zu Protokoll genommen.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch einmal auf die Region Kyjiw zurückkommen. Auf dem Rückzug hinterließen russische Soldaten „blutige Geschenke“ für die Zivilistinnen und Zivilisten, die in ihre Häuser zurückkehren.

Dort wurden massenhaft Sprengfallen gelegt, die nach dem Völkerrecht verboten sind.

Einrichtungen für die Versorgung mit Lebensmitteln, Privatwohnungen und sogar menschliche Leichen stellen eine besondere Gefahr für die Zivilbevölkerung dar. Die Invasoren haben sogar absichtlich Spielzeug vermint und bringen damit Kinder in Gefahr.

Auf diese Weise wollen sie unsere Zukunft zerstören. Das alles geschieht vorsätzlich. Und sie wollten damit so viel Schaden und Leid wie möglich anrichten.

Angesichts dessen werden Minenräumaktionen und damit zusammenhängende Aktivitäten in den befreiten Gebieten immer wichtiger. Und wir glauben, dass die OSZE in dieser Hinsicht ihr Fachwissen anbieten und einschlägige praktische Projekte durchführen könnte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss möchte ich an ein weiteres tragisches Datum erinnern.

Heute ist der Jahrestag des Massakers von Samaschki.

Damals, am 7. und 8. April 1995, führte Russland im tschetschenischen Dorf Samaschki eine so genannte Säuberungsaktion durch.

Im März 1996 berichtete die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen über das Massaker an über hundert Menschen, hauptsächlich Zivilistinnen und Zivilisten. Mehr als hundert Menschen in nur zwei Tagen. Die Truppen eröffneten das Feuer oder warfen Granaten in die Keller, in denen sich die Bewohner, meist Frauen, ältere Menschen und Kinder, versteckt hielten.

Heute wendet Russland in der Ukraine dieselben Taktiken und Methoden an.

Wie konnte Russland so weit kommen? Zu einem solchen Ausmaß an Grausamkeit, das an die Nazis erinnert?

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Vor sieben Wochen hat sich Präsident Putin entschieden, einen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu führen, was einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE darstellt. Jeden Tag sehen wir immer neue Bilder, die uns auf drastische Weise in allen Einzelheiten die schrecklichen Folgen und das unermessliche Leid vor Augen führen, die der russische Krieg über die ukrainische Zivilbevölkerung gebracht hat: Tausende von Menschen haben durch die Angriffe der russischen Streitkräfte ihr Leben verloren, zehn Millionen Menschen – die meisten von ihnen Frauen und Kinder – wurden gezwungen, ihre Heimstätten zu verlassen. Über 500 Schulen und 52 Krankenhäuser wurden von Artillerie beschossen und ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht. Das Vorhandensein von Kampfmitteln und Minen, einschließlich der kürzlich im Schwarzen Meer entdeckten Treibminen, erhöht das Risiko weiterer Opfer, auch über die Grenzen der Ukraine hinaus. Diese sinnlose Barbarei muss aufhören.

Die Europäische Union ist erschüttert und entsetzt über die Gräueltaten der russischen Streitkräfte. Wie auf der Sondersitzung des Ständigen Rates Anfang dieser Woche erklärt, verurteilen wir auf das Allerschärfste die massiven Gräueltaten, die in Butscha und Borodjanka sowie in Irpen, Hostomel, Iwankiw und anderen Orten begangen wurden, die die Ukraine mittlerweile befreit hat. Diese Taten sind geeignet, den Tatbestand von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erfüllen. Ebenso erschüttern uns die anhaltende schreckliche Belagerung von Mariupol und der ständige Beschuss anderer Orte wie Tschernihiw und Charkiw. Die Menschen haben kein Wasser, keine Lebensmittel, keine Medikamente, keine Heizung und keinen Strom, Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser werden ständig von Artillerie beschossen. Es kommt zu wahllosen Angriffen, auch in dicht besiedelten Gebieten, auch auf zivile Einrichtungen. Es erreichen uns auch sehr beunruhigende Berichte, unter anderem vom Büro des Hochkommissars für Menschenrechte, über den Einsatz von Streumunition und anderen von den Vereinten Nationen verbotenen Waffen in bewohnten Gebieten sowie Berichte über Zwangsumsiedlungen, Folter und Misshandlungen sowie geschlechtsspezifische Gewalt. Diese grausamen Taten sind nach dem humanitären Völkerrecht, dem auch Russland verpflichtet ist, rechtswidrig.

Alle Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir begrüßen die Ermittlungen des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs wegen mutmaßlicher Verbrechen nach dem Völkerrecht, einschließlich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, sich an die vorläufigen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs zu halten, mit denen Russland aufgefordert wird, seine militärischen Operationen unverzüglich einzustellen. Wir werden bald Gelegenheit haben, den Bericht der Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus der OSZE betreffend Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine zu erörtern. Wir begrüßen auch die Initiative des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu dokumentieren. Darüber hinaus unterstützt die Europäische Union die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft und die Zivilgesellschaft beim Sammeln und Sichern von Beweisen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Um aus diesen Bemühungen größtmöglichen Nutzen zu ziehen, ermutigen wir alle Beteiligten zu einer engen und kontinuierlichen Zusammenarbeit.

Die von Präsident Putin veranlasste Invasion der Ukraine zielt auch darauf ab, die Identität, die eigenständige Geschichte und Kultur der Ukraine auszulöschen. Die UNESCO hat bestätigt, dass bisher mindestens 53 historische Stätten, religiöse Gebäude und Museen im Zuge der militärischen Aggression Russlands beschädigt worden sind. Russland ist durch das Haager Übereinkommen von 1954 zum Schutz von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten verpflichtet. Vorsätzliche Angriffe auf ein geschütztes Kulturgut stellen ein Kriegsverbrechen dar. Wir verlangen, dass Russland seine sinnlosen Angriffe auf Kulturerbestätten in der Ukraine einstellt.

Es ist auch völlig inakzeptabel, dass die russischen Streitkräfte weiterhin demokratisch gewählte lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger entführen, foltern und hinrichten. Um nur einige zu nennen: Wir sind bestürzt über die Entführung und brutale Hinrichtung von Bürgermeisterin Olha Suchenko durch die russischen Streitkräfte, über die uns berichtet wurde. Ihre Leiche sowie die Leichen ihrer Familienangehörigen wurden in einer Grube unweit ihres Heimatortes Motyschyn gefunden. Darüber hinaus wurde Berichten zufolge der Ortsvorsteher Alexej Schibajew von den russischen Streitkräften entführt, während er eine humanitäre Hilfslieferung begleitete. Wir verurteilen alle Entführungen und fordern Russland auf, alle Geiseln unverzüglich freizulassen. Wir unterstützen uneingeschränkt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer. Jeder Versuch Russlands, unrechtmäßige alternative Verwaltungsstrukturen in der Ukraine zu schaffen, wird als null und nichtig betrachtet werden. Das Gleiche gilt für ähnliche Versuche an anderen Orten, an denen sich Russland in den vergangenen Jahren eingemischt hat.

Darüber hinaus ist die Europäische Union tief bekümmert darüber, dass Russland nicht nur jede völkerrechtliche Verpflichtung missachtet und jede einzelne Sicherheitsgarantie vor Ort zunichtemacht, sondern auch jede Möglichkeit einer unparteiischen Information und Berichterstattung über die tatsächliche Sicherheitslage in der Ukraine aushebelt. Wie wir letzte Woche erklärt haben, ist die Ankündigung Russlands, dass es nicht in der Lage sei, der Verlängerung des Mandats der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) zuzustimmen, zutiefst bedauerlich, wenn auch nicht überraschend. Vor dem Hintergrund der militärischen Aggression und der destabilisierenden Aktivitäten Russlands in der

Ukraine seit 2014 hat die SMM unschätzbare Arbeit geleistet, indem sie Informationen sammelte und unparteiisch berichtete sowie den Dialog erleichterte, örtliche Feuerpausen aushandelte und das Leben der ukrainischen Bevölkerung verbesserte. Wir fordern Russland erneut nachdrücklich auf, sich konstruktiv an den vom Vorsitz vorgeschlagenen Konsultationen zu beteiligen und seinen Standpunkt zu überdenken, um der SMM die Fortsetzung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Darüber hinaus kommt der OSZE als regionaler Sicherheitsorganisation im Sinne der Charta der Vereinten Nationen mit einem vielseitigen Instrumentarium zur Konfliktbewältigung, wie es im Beschluss Nr. 3/11 des Ministerrats von Wilna dargelegt ist, eine einzigartige Rolle in Konfliktsituationen zu. Wir unterstützen alle diesbezüglichen Bemühungen des OSZE-Vorsitzes, der OSZE-Durchführungsorgane und der autonomen Institutionen, unter anderem durch die Koordinierung und Erleichterung der humanitären Hilfe, die Unterstützung sicherer Wege und humanitärer Konvois sowie die Bewertung der menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der russischen Aggression. Wir fordern alle Teilnehmerstaaten, insbesondere Russland, nachdrücklich auf, von den vorhandenen Instrumenten Gebrauch zu machen und mit den OSZE-Institutionen nach Treu und Glauben zusammenzuarbeiten.

Der Krieg wird nicht nur auf dem Boden geführt, sondern auch im digitalen Raum. Es liegt auf der Hand, dass der Kreml mit einer schändlichen Desinformationskampagne versucht, die historische Darstellung des Zweiten Weltkriegs zu verdrehen, um die wahren Fakten über die russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu verschleiern. Daher waren verlässliche Informationen noch nie so wichtig wie heute. Wir würdigen die Arbeit all jener, die weltweit die Fakten überprüfen, insbesondere jene in der Ukraine, die jeden Tag gegen Lügen und Manipulationen ankämpfen. Im Zusammenhang damit bedauern wir zutiefst, dass Journalistinnen und Journalisten und andere Medienakteure in der Ukraine dem Krieg, den Russland führt, zum Opfer gefallen sind, darunter der bekannte litauische Dokumentarfilmer Mantas Kvedaravičius, der französisch-irische Fotojournalist Pierre Zakrzewski und der bekannte ukrainische Fotoreporter Maksim Lewin. Wir sprechen ihren Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus. Journalistinnen und Journalisten sind Zivilpersonen, die bei der Beschaffung von Informationen während eines Konflikts eine entscheidende Rolle spielen und nicht zur Zielscheibe von Angriffen werden dürfen.

Wir sind bestürzt über die Missachtung internationaler Rechtsnormen und politischer Verpflichtungen durch Russland, einschließlich derjenigen, die Russland im Rahmen der OSZE eingegangen ist. Wir fordern Russland erneut nachdrücklich auf, seine Verpflichtungen einzuhalten: Russland muss unverzüglich all jene freilassen, die bei friedlichen Protesten verhaftet wurden, sowie alle Personen, die aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen inhaftiert wurden, einschließlich aller Medienvertreterinnen und -vertreter.

Wir erleben auch eine massive Binnenvertreibung und eine große Zahl von Menschen, die aus der Ukraine in die Nachbarländer fliehen, vor allem Frauen und Kinder sowie ältere Menschen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten stellen für die mehr als vier Millionen Menschen, die vor der Gewalt Russlands geflohen sind, Unterkunft sowie humanitäre, medizinische und finanzielle Hilfe bereit. Sie haben auch Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Wie auf der 22. Konferenz auf hoher Ebene der Allianz gegen den Menschenhandel in dieser Woche erörtert wurde, sind Frauen und Kinder bei Konflikten und Vertreibung besonders gefährdet, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Es ist

daher von größter Bedeutung, sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt, Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung zu schützen, wie es das humanitäre Völkerrecht vorschreibt, eine Pflicht, die insbesondere den Besatzungstruppen obliegt.

Die Europäische Union verurteilt Präsident Putins vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir fordern, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen vom gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine, einschließlich der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, abzieht. Russland muss auch dringend sichere Wege bereitstellen, sowohl um Zivilistinnen und Zivilisten in andere Teile der Ukraine evakuieren zu können als auch für die Lieferung humanitärer Hilfe. Wir fordern auch den Mitaggressor Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht weiter mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Die Europäische Union wird die Ukraine weiterhin nach Kräften unterstützen und die Arbeit an weiteren Sanktionen gegen Russland und Belarus schnellstmöglich vorantreiben. Wir stehen in diesen dunklen Stunden in voller Solidarität an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Bosnien und Herzegowina und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen, sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1367. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Danke, Herr Vorsitzender.

Zu Beginn der siebten Woche des durch nichts provozierten und grausamen Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, möchte ich mich den Leidtragenden der von der Russischen Föderation verursachten Tragödie widmen und insbesondere den Schwächsten der ukrainischen Gesellschaft: den Kindern.

Obwohl wir den Ständigen Rat in den Wochen und Monaten vor dem 24. Februar wiederholt davor gewarnt haben, dass Russland eine Invasion plane, die eine gewaltige menschliche und humanitäre Tragödie nach sich ziehen würde – Vorhersagen, die von den Vertreterinnen und Vertretern der Russischen Föderation damals als „Hype“ abgetan wurden –, muss ich zugeben, dass es damals schwierig war, die monströsen Gräueltaten, die das ukrainische Volk treffen sollten, in vollem Umfang und angemessen zu benennen. Bösartigkeit lässt sich in der Regel schwer vorhersagen, aber sie ist immer ein Schock.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat bisher mehr als 120 Kinder das Leben gekostet und mindestens 171 verletzt – Zahlen, die, wie die Vereinten Nationen einräumen, wahrscheinlich deutlich zu niedrig angesetzt sind.

Kinder, die vor sechs Wochen noch sorglos mit ihren Freundinnen und Freunden auf Schulhöfen in der ganzen Ukraine spielten, Fußbälle kickten, von Superhelden träumten, mit Puppen spielten und Seil sprangen. Kinder, die ihr ganzes Leben noch vor sich hatten. Kinder, die heute draußen die warme Frühlingssonne genießen sollten, aber stattdessen unter den Trümmern eines Wohnhauses, eines Theaters oder einer Schule liegen, die von einer russischen Rakete dem Erdboden gleichgemacht wurden. Es fällt einem schwer, sich vorzustellen, wie diese letzten, schrecklichen Momente für sie gewesen sein müssen.

Der Vater des zweijährigen Stepan Schpak, der am 16. März in der Nähe von Kyjiw unter den Trümmern, verursacht durch russischen Artilleriebeschuss, begraben wurde, verliet seinem sinnlosen Verlust durch die Frage Ausdruck: „Weshalb das alles? Wofür? Ein zweijähriges Kind, das noch nicht einmal weiß, was Leben bedeutet.“

Oder Kirill Jatsko, ein 18 Monate alter Junge, der getötet wurde, nachdem sein Haus in Mariupol Anfang März von der russischen Artillerie beschossen worden war. Videoaufnahmen von Sky News zeigten, wie das Kleinkind, von Granatsplittern verletzt, in eine Decke eingewickelt in ein Krankenhaus gebracht wurde. Auf den Aufnahmen ist zu sehen, wie seine Mutter nach dem Tod des Kindes immer wieder weinend fragt: „Warum, warum, warum“?

Oder denken Sie an Wowa Kariwanskyj, einen kleinen Jungen, dessen Mutter von NPR interviewt wurde. Wowa befand sich in einem Krankenhaus, nachdem er mehrere Schussverletzungen davongetragen hatte; sein Kiefer war nach vielen Operationen verdrahtet. Wowa trug die Verletzungen davon, als das Auto, in dem seine Familie mit ihm aus ihrem Wohnviertel am Stadtrand von Kyjiw floh, von russischen Streitkräften beschossen wurde. Wowas Mutter, Natalja, schilderte die Ereignisse so: „Ja, wir waren zusammen, die ganze Familie in einem Auto. Und das Auto wurde beschossen. Er [mein Mann] war auf der Stelle tot. Und gerade als wir anfangen zu schreien, hier sind Kinder, war es zu spät für meinen Mann und für Maxim.“ Maxim war ihr sechsjähriger Neffe.

Es gibt noch viele solcher Geschichten, eine so schmerzlich wie die andere. Deshalb ist es so wichtig, weiterhin zu dokumentieren, dass die russischen Streitkräfte Schulen und Schutzräume zerstört haben, darunter auch solche wie das Theater in Mariupol, auf dessen Vorplatz Eltern, die verzweifelt das Leben ihrer Kinder zu retten versuchten, in riesigen Lettern das Wort „Kinder“ geschrieben hatten. Wir sollten auch nicht vergessen, dass die russischen Streitkräfte wiederholt humanitäre Korridore beschossen, während ukrainische Mütter versuchten, ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Während ukrainische Eltern um jeden Preis versuchen, ihre Familien zusammenzuhalten, deportieren die russischen Streitkräfte ukrainische Frauen und Kinder nach Russland.

Und in den letzten Tagen haben wir alle, wie der verehrte ukrainische Botschafter soeben bemerkte, die absolut erschreckenden Berichte aus Mariupol über mobile Krematorien gehört, in denen die sterblichen Überreste der Menschen entsorgt werden. Das ist abscheulich.

Durch den russischen Krieg wurden 60 Prozent aller Kinder in der Ukraine aus ihren Wohnstätten vertrieben, über zwei Millionen wurden zu Flüchtlingen und 2,5 Millionen zu Binnenvertriebenen. Mehr als die Hälfte aller ukrainischen Flüchtlinge sind Kinder. Quer durch die Ostukraine sind Kinder und ihre Familien von den Kämpfen eingeschlossen und haben keinen Zugang zu Trinkwasser, Lebensmitteln oder Medikamenten. Der Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fjodorow, hat erst letzten Monat vielen von uns im Ständigen Rat berichtet, dass Russland regelmäßig Hilfslieferungen für die eingeschlossene Zivilbevölkerung blockiert oder die Hilfsgüter stiehlt, bevor sie ankommen können.

Die Exekutivdirektorin des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, Cathy Russell, hat darauf hingewiesen, dass selbst bei den Kindern, denen die Flucht gelungen ist, das Risiko, Menschenhandel oder anderen Formen der Ausbeutung zum Opfer zu fallen, hoch ist: „Die Zahl der Kinder, die aus ihren Wohnstätten fliehen, steigt beständig, und wir dürfen nicht vergessen, dass jedes einzelne von ihnen Schutz, Bildung, Sicherheit und Unterstützung braucht.“

Immer mehr Forschungsergebnisse zeigen, dass Traumata in der Kindheit die Entwicklung eines Kindes tiefgreifend stören, mit möglicherweise lebenslangen Folgen für Lernen, Verhalten und Gesundheit. Die Kinder in der Ukraine benötigen nachhaltige psychosoziale Unterstützung, um die Schrecken zu verarbeiten, die sie Woche um Woche ertragen müssen.

Herr Vorsitzender, an den Kindern der Ukraine zeigt sich die moralische Brisanz dieses Zeitgeschehens. Die Vereinigten Staaten und andere Geldgeber weiten den Umfang unserer humanitären Arbeit immer mehr aus, um dieser Herausforderung zu begegnen. Wir nutzen jedes Instrument innerhalb der OSZE, um unsere humanitäre Unterstützung für die ukrainische Bevölkerung in Not zu verstärken. Auch unsere Unterstützung für humanitäre Partner wie das Welternährungsprogramm, das über eine Million Menschen in der Ukraine mit Nahrungsmittelforthilfe versorgt, bauen wir weiter aus. Darüber hinaus unterstützen wir mit unserer humanitären Hilfe den Einsatz mobiler medizinischer Teams, die für medizinische Grundversorgung, psychologische Betreuung, Traumabehandlung und Impfungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen in der Ukraine, darunter auch Kinder, sorgen, damit diese Zugang zu Versorgungsdiensten haben und vor Gefahren wie dem Kinderhandel geschützt sind. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Kinder und ihre Familien, die in belagerten Städten wie Mariupol Schutz suchen, mit lebenswichtigen Gütern versorgt werden.

Herr Vorsitzender, es kann keinen Zweifel geben: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine – der Tod und das Trauma, das das Regime von Putin der nächsten Generation in der Ukraine zufügt – wird nie vergessen werden. Diese jungen Menschen, die die russischen Gewalttaten gegen ihre Familien und ihr Land erleben, werden dafür sorgen, dass sich die nächste Generation mehr denn je für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes einsetzen wird – so wie die Kinder des Zweiten Weltkriegs, die von einem freien und friedlichen Europa träumten. Wie Wassili Grossman einmal schrieb: „In der grausamen und schrecklichen Zeit, in der unsere Generation dazu verdammt ist, auf dieser Erde zu leben, dürfen wir niemals Frieden mit dem Bösen schließen. Wir dürfen niemals gleichgültig gegenüber anderen werden oder unsere Ansprüche an uns selbst aufgeben.“

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

Danke, Herr Vorsitzender.

Wie andere vor mir, möchte auch ich an die Diskussion anknüpfen, die wir auf der Sondersitzung des Ständigen Rates am Dienstag geführt haben. Wir alle haben die schrecklichen Taten in Butscha, in Irpin, in Motyschyn miterlebt, und unsere ukrainischen, EU- und US-Kollegen haben soeben einige davon im Einzelnen beschrieben. Dennoch setzt Russland seine schändlichen Versuche fort, die Entscheidungen seiner Führung und das Vorgehen seiner Streitkräfte zu rechtfertigen und zu relativieren.

In den Monaten vor der russischen Invasion haben wir alle hier davor gewarnt, dass Russland Truppen und Ausrüstung für einen Einmarsch in die Ukraine in Stellung bringt; wir haben vor der zunehmenden Zahl von Soldaten entlang der Grenze gewarnt; und wir haben vor weiteren militärischen Angriffen Russlands auf die Ukraine gewarnt. Russland hat dies alles vehement bestritten, und es hat nicht nur alles in Abrede gestellt, sondern auch versucht, diejenigen lächerlich zu machen, die ihre Besorgnis geäußert haben.

Am 27. Januar bezeichnete der russische Botschafter in eben diesem Rat solche Bedenken als „Invasionsangstgeschichten, die vor allem aus den Vereinigten Staaten kommen“ und „eine eingebildete Invasionsbedrohung“. Und noch am 17. Februar, nur eine Woche vor der Invasion, spottete der stellvertretende Ständige Vertreter Russlands über „den Mythos einer angeblich ‚unmittelbar bevorstehenden Invasion‘ Russlands“ und nannte ihn ein „Propagandafiasco“ und „unverantwortlichen ‚Informationsterrorismus‘“. Diese Behauptungen erfolgten nur eine Woche, bevor russische Bomben und Raketen auf die Ukraine fielen und russische Truppen massiert über die russische und belarussische Grenze vorrückten. Diese Behauptungen finden sich in den OSZE-Protokollen und können nicht abgestritten werden. Wir empfehlen der russischen Delegation, sich bei Bedarf PC.DEL/80/22 und PC.DEL/203/22 als Referenz anzusehen.

Herr Vorsitzender,

als die Invasion begann, erklärte Russland, dass es präzisionsgelenkte Waffen gegen militärische Ziele einsetze und Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur nicht angreifen

werde. Das war eine weitere Lüge. Die Wahrheit lautet wie folgt: Dem Menschenrechtskommissar der Vereinten Nationen liegen glaubwürdige Berichte vor, wonach die russischen Streitkräfte mindestens 24 Mal Streumunition in oder in der Nähe von bewohnten Gebieten der Ukraine eingesetzt haben. Ganz zu schweigen von dem flächendeckenden Einsatz von Explosivwaffen mit großem Wirkungsradius in oder in der Nähe von dicht besiedelten Gebieten und dem offenbar gezielten Angriff Russlands auf ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Infrastruktur – darunter Schulen, Krankenhäuser und Luftschutzbunker.

Russland beschuldigte die Ukraine, den Einsatz von Chemiewaffen zu planen oder eine „schmutzige“ Bombe zu bauen. Dabei war es Russland, das Tschernobyl und das Kernkraftwerk Saporischschja militärisch angegriffen und das Chemiewerk Sumychimprom beschossen und beschädigt hat, wodurch ein Ammoniakgasleck entstand.

Russland behauptet, die Russisch sprechenden Menschen zu verteidigen, und beklagt „Russophobie“. Dennoch hat Russland Charkiw, Mariupol und andere Städte mit einer bedeutenden russischsprachigen Bevölkerung zerstört. Dieselben russischsprachigen Einwohnerinnen und Einwohner, die Russland zu schützen vorgibt, sind Tag für Tag wahllosen und rechtswidrigen Angriffen der russischen Streitkräfte ausgesetzt und leisten erbitterten und entschlossenen Widerstand gegen diese durch nichts provozierte und ungerechtfertigte Invasion.

Hier im Ständigen Rat haben wir auch eine Reihe von plumpen und wenig glaubwürdigen Versuchen erlebt, im Nachhinein einen nicht zu rechtfertigenden Krieg zu rechtfertigen. Jetzt erleben wir ähnlich unglaubwürdige und widerwärtige Versuche, die Schuld abzuwälzen und ein falsches Narrativ über die Gräueltaten zu konstruieren, die von den russischen Truppen in den Regionen unter russischer Militärkontrolle begangen wurden.

Herr Vorsitzender,

wir alle kennen dieses Muster, zu rechtfertigen zu versuchen, was nicht zu rechtfertigen ist. Die Welt kennt die Wahrheit. Russland wird mit der Schande und den Konsequenzen seines Handelns leben müssen. Russland wird damit leben müssen, dass es seiner Verantwortung als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht gerecht geworden ist.

Russland hat gegen unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen verstoßen und diese missachtet, einschließlich der Prinzipien betreffend die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität der Staaten, für deren Aufnahme in die Schlussakte von Helsinki es selbst Druck gemacht hat. Wenn dieser Konflikt erst einmal vorbei ist, wird die russische Regierung vor der gewaltigen Aufgabe stehen, Vertrauen – und sei es auch nur einen Funken von Vertrauen – wiederherzustellen.

Doch während der Krieg weitergeht und russische Gräueltaten aufgedeckt werden, sammelt der Internationale Strafgerichtshof im Anschluss an die umfangreichste Unterbreitung in seiner Geschichte Beweise. Die Verantwortlichen für diese Gräueltaten werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern Russland erneut auf, der rechtsverbindlichen Anordnung des Internationalen Gerichtshofs, seine militärischen Operationen in der Ukraine einzustellen,

unverzöglich Folge zu leisten. Außerdem fordern wir Russland nachdrücklich auf, seine Streitkräfte und militärische Ausrüstung unverzüglich aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

was derzeit in der Ukraine vor sich geht, wird nicht nur in unserer Generation Spuren hinterlassen, sondern auch in den kommenden Generationen.

Am vergangenen Dienstag haben wir uns in der Sondersitzung des Ständigen Rates mit den besorgniserregenden und bestürzenden Medienberichten über das Massaker in verschiedenen Bezirken im Umfeld von Kiew, darunter in Butscha und Irpin, befasst. Im Namen der Menschlichkeit sind diese Bilder entsetzlich und verstörend.

Wir teilen den Schmerz des ukrainischen Volkes. Gezielte Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten können niemals hingenommen werden.

Wir erwarten nun vor allem, dass die Verantwortlichen ermittelt und durch eine unabhängige Untersuchung zur Rechenschaft gezogen werden.

Die humanitäre Lage vor Ort verschlechtert sich von Tag zu Tag in jeder Hinsicht. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen wurden mehr als 10,5 Millionen Menschen entweder innerhalb der Ukraine oder als Flüchtlinge ins Ausland vertrieben, was etwa einem Viertel der Bevölkerung entspricht. Schätzungen zufolge benötigen landesweit insgesamt 13 Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe.

Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen waren zwei Millionen Kinder gezwungen, aus der Ukraine zu fliehen, und mehr als 2,5 Millionen Kinder wurden innerhalb des Landes vertrieben.

Es ist dringend notwendig, zu einer dauerhaften Waffenruhe in der Ukraine zu kommen. Es ist dringend notwendig, eine politische Lösung für die fortdauernde humanitäre Tragödie zu finden. Was sofort nottut, ist ein gerechter, fairer und dauerhafter Frieden. Daher sollte die wertvolle Dynamik des jüngsten Treffens in Istanbul dringend erhalten bleiben. Unser Land wird weiterhin den Prozess auf jede Art unterstützen, um eine sofortige Herbeiführung von Frieden zu ermöglichen.

Die Evakuierungsbemühungen, insbesondere aus der Region Mariupol, sollten erleichtert werden.

Die Türkei ist ihrerseits bereit, sich konstruktiv an möglichen humanitären Evakuierungsbemühungen aus der Region Mariupol über das Schwarze Meer zu beteiligen. Auch die humanitäre Hilfe der türkischen Regierung geht unvermindert weiter. Bisher wurden 62 beziehungsweise fünf Lkw-Ladungen mit humanitärer Hilfe in die Ukraine beziehungsweise in die Republik Moldau geliefert. Wir werden unsere Bemühungen zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine niemals aufgeben. Wir unterstützen und erleichtern auch weiterhin die von der Türkei aus eingeleiteten Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen.

Herr Vorsitzender,

wir möchten noch einmal betonen, wie wichtig es ist, mit gesundem Menschenverstand vorzugehen und den Dialog aufrechtzuerhalten.

Lassen Sie mich darüber hinaus bei dieser Gelegenheit wiederholen, dass wir den fortgesetzten Angriff auf die Ukraine verurteilen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Mein Land wünscht sich Frieden, Stabilität und Wohlstand in seiner Region. Wir werden jede Anstrengung, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näherbringt, aus voller Überzeugung und in jedweder Form unterstützen.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte Ihnen für die Führungskompetenz danken, die Polen als Vorsitz unserer Organisation nach dem vorsätzlichen und ungerechtfertigten Einmarsch Russlands in die Ukraine an den Tag legt. Insbesondere bin ich Ihnen dankbar, dass Sie am Dienstag eine Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen haben. Sie bot allen Delegationen eine wichtige Gelegenheit, die jüngsten entsetzlichen Beweise für die Gräueltaten Russlands in Butscha und anderen Städten in der Region Kyjiw zu erörtern und den Opfern die Ehre zu erweisen.

Am Dienstag leitete das Vereinigte Königreich auch eine wichtige Diskussion im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, bei der die Mitglieder des Sicherheitsrats direkt von Präsident Selenskyj über die barbarische Grausamkeit der russischen Streitkräfte informiert wurden. Sein Bericht über die Folterung ukrainischer Zivilistinnen und Zivilisten durch die russischen Streitkräfte war erschütternd. Er berichtete dem Sicherheitsrat von Menschen, die auf der Straße erschossen wurden, von abgetrennten Gliedmaßen und Zungen und von Frauen, die vor den Augen ihrer Kinder vergewaltigt wurden.

Die Berichte über Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt durch russische Streitkräfte in der Ukraine häufen sich auf erschreckende Weise. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten ist ein Kriegsverbrechen.

Ich habe Hochachtung vor dem großen Mut derjenigen, die über die sexuelle Gewalt, die ihnen durch die russischen Streitkräfte angetan wurde, offen sprechen. Anfang dieser Woche hat meine Außenministerin bei einem Besuch in Polen deutlich zu verstehen gegeben, dass das Vereinigte Königreich bereit ist, die von dieser Gewalt Betroffenen zu unterstützen.

Herr Vorsitzender, ich möchte der ukrainischen Generalstaatsanwältin meine Anerkennung für ihre Entschlossenheit und für die Arbeit ihres Teams aussprechen, das die für eine Strafverfolgung notwendigen juristischen Beweise zusammenträgt. Das Vereinigte Königreich wird alles in seiner Macht Stehende tun, um die Verantwortlichen für alle Kriegsverbrechen vor Gericht zu bringen. Deshalb wird das Vereinigte Königreich militärische, polizeiliche und finanzielle Unterstützung bereitstellen, um bei der Beweisfindung für diese Verbrechen zu helfen und am Ende Gerechtigkeit walten zu lassen. Am 24. März gaben wir bekannt, den Internationalen Strafgerichtshof mit einer zusätzlichen Million Pfund

Sterling für die Sammlung von Beweisen für die Kriegsverbrechen zu unterstützen, und wir haben Sachverständige aus dem Vereinigten Königreich zur Unterstützung der Ermittlungen bestellt.

Ich möchte auch das Arbeitsethos und den Mut der Journalistinnen und Journalisten würdigen, die in der Ukraine tätig sind, um die Wahrheit über den Krieg von Präsident Putin und die barbarische Behandlung der Zivilbevölkerung aufzudecken. Das Vereinigte Königreich ist stolz, dem Freundeskreis der OSZE für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten anzugehören, und ich schließe mich der gemeinsamen Erklärung, die heute im Namen dieser Gruppe abgegeben wurde, voll und ganz an. In der vergangenen Woche hörten wir auch die wichtige Aussage des Journalisten Oleg Baturin aus Kachowka, der von seiner Entführung und Folterung durch die russischen Streitkräfte berichtete. Seine Entführer sagten ihm, dass dies die Rache für seine Arbeit als Journalist sei. Leider ist der Fall Baturin kein Einzelfall, da Russland versucht, Beweise für seine Verbrechen vor den Augen der Welt zu verbergen.

Damit wende ich mich nun an die russische Delegation. Die Gräueltaten, die wir in Butscha, Irpin, Borodjanka und in der gesamten Ukraine gesehen haben, sind ungeheuerlich. Sie werden für immer ein Schandmal für die russische Armee sein. Aber sie werden auch für immer ein Schandmal für den russischen diplomatischen Dienst sein, der die Verbrechen der russischen Streitkräfte mitträgt, indem er sie leugnet und zu rechtfertigen versucht. Sehen Sie sich an, was in Ihrem Namen angerichtet wird. Sehen Sie sich an, was Sie vergeblich zu rechtfertigen suchen.

Herr Vorsitzender, in den Gebieten, die weiterhin unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stehen, werden die Menschenrechte in gröbster Weise verletzt. Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über Berichte über Entführungen, Tötungen, Folter und Zwangsdeportationen von ukrainischen Zivilistinnen und Zivilisten. Wir bedauern auch die jüngste Welle von Zwangsrekrutierungen unter den Bewohnern der Krim in die russischen Streitkräfte, wodurch sie gegen ihre Landsleute Krieg führen müssen.

Herr Vorsitzender, Präsident Putin wird es niemals gelingen, den Kampfgeist des ukrainischen Volkes zu brechen oder sein Heimatland zu erobern. Sein fortdauernder willkürlicher Krieg kann nichts als weiteres Leid bringen. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine Angriffe jeglicher Art auf die Zivilbevölkerung zu beenden, seine Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine zurückzuziehen und diesen Krieg zu beenden. Das Vereinigte Königreich wird die Souveränität, die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Einheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen weiterhin entschlossen unterstützen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung als Anhang beifügen zu lassen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON MONTENEGRO
(AUCH IM NAMEN VON DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND,
FINNLAND, FRANKREICH, GRIECHENLAND, KANADA,
LETTLAND, LITAUEN, DEN NIEDERLANDEN, NORWEGEN,
ÖSTERREICH, SCHWEDEN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH
UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

Ich spreche im Namen des informellen Freundeskreises der OSZE für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, dem die folgenden Teilnehmerstaaten angehören: Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kanada, Lettland, Litauen, Montenegro, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika.

Letzte Woche sprach der Geistliche Kieran Dunne bei der Beerdigung des Kameramanns Pierre Zakrzewski in Dublin folgende Worte zur Trauergemeinde: „Die Wahrheit zu sagen ist ein Werk der Liebe, und Liebe hat immer ihren Preis, aber was für einen schrecklichen Preis.“ Pierre Zakrzewski ist einer von mindestens sechs Journalistinnen und Journalisten, die seit dem 24. Februar in Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit getötet wurden, als sie über den russischen Einmarsch in die Ukraine berichteten. Leider werden ihrer immer mehr. Erst kürzlich erfuhren wir vom Tod des bekannten Bildjournalisten Maksim (Maks) Lewin, der seit dem 13. März vermisst wird, nachdem er zuletzt im Bezirk Wyschgorod in der Nähe von Kyjiw gesehen wurde, wo er von der Frontlinie berichten wollte. Ein litauischer Dokumentarfilmer, Mantas Kvedaravičius, wurde in Mariupol getötet, die Stadt, über die er seit Jahren Dokumentationen gedreht hatte. Unser aufrichtiges Beileid gilt den Angehörigen und Freundinnen und Freunden aller Journalistinnen und Journalisten, die in diesem vorsätzlichen und ungerechtfertigten Krieg Russlands getötet wurden.

In Kriegszeiten ist die Arbeit freier, unabhängiger und professioneller Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffender von entscheidender Bedeutung für objektive Informationen für die internationale Gemeinschaft. Dies haben die jüngsten Berichte über Gräueltaten der russischen Streitkräfte in einer Reihe von besetzten ukrainischen Städten, die mittlerweile befreit wurden, auf tragische Weise deutlich gemacht. Russland will jedoch Journalistinnen und Journalisten und Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten daran hindern, faktengestützt über den Krieg zu berichten und das menschliche Leid zu

schildern, das durch seine militärische Aggression gegen die Ukraine verursacht wird. Denn Russland weiß genauso gut wie wir, dass Fakten zählen.

Herr Vorsitzender,

der Freundeskreis für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten begrüßt die jüngsten Erklärungen der Beauftragten für Medienfreiheit Teresa Ribeiro, einschließlich ihrer beeindruckenden Erklärung vom 3. März. In dieser Erklärung verurteilte Teresa Ribeiro den russischen Militärangriff aufs Schärfste und betonte, dass „gerade Journalistinnen und Journalisten“ niemals das Ziel von Angriffen sein sollten“ und dass die Teilnehmerstaaten alle erdenklichen Maßnahmen zum Schutz von Medienschaffenden ergreifen sollten.

In ihrer an die in der Ukraine arbeitenden Journalistinnen und Journalisten gerichteten Videoerklärung vom 25. März sagte T. Ribeiro ferner: „Journalistinnen und Journalisten sind als Zivilisten zu betrachten und dürfen daher nicht angegriffen oder entführt werden. Das gilt auch für ihre Ausrüstung. Dazu gehört auch die Pflicht, ihre berufliche Unabhängigkeit zu achten.“

Leider sind Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine nicht vor Angriffen durch die Invasionsarmee sicher. Im Gegenteil, es gibt Berichte über gezielte Angriffe des russischen Militärs auf Journalistinnen und Journalisten. Mindestens 148 Fälle von Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten wurden allein im ersten Monat der russischen Invasion bekannt. Wie die Beauftragte für Medienfreiheit in ihrer Erklärung vom 24. März hervorhob, häufen sich die Berichte über das Verschwinden und die Entführung ukrainischer Journalistinnen und Journalisten und die Geiselnahme von deren Angehörigen. Es gab einen Angriff auf ein Team von Sky News, der von einer Kamera aufgenommen wurde. Reporter ohne Grenzen (RSF) berichtete über den Fall eines Reporters von Radio France, der von russischen Soldaten entführt und neun Tage lang mit einer Eisenstange geschlagen, mit Elektroschocks traktiert und einer Scheinhinrichtung ausgesetzt wurde.

Herr Vorsitzender,

wir verurteilen alle Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende aufs Schärfste. Wir fordern Russland eindringlich auf, seine Angriffe auf unabhängige Medien unverzüglich einzustellen und die Rechte von Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen, dem humanitären Völkerrecht und den OSZE-Verpflichtungen zu achten.

Wir erklären uns mit den Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden solidarisch, die unter großen persönlichen Risiken und Opfern weiterhin über die Fakten berichten und die Menschenrechtsverletzungen und -verstöße durch Russland sowie Kriegsverbrechen ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Wir sprechen ihnen unsere Hochachtung für ihre Professionalität und ihr Durchhaltevermögen aus, mit dem sie trotz schwierigster Umstände den freien Fluss unabhängiger Informationen gewährleisten

Herr Vorsitzender, wir fordern Russland auf, seinen Krieg gegen die Ukraine zu beenden und alle Truppen unverzüglich abzuziehen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

Georgien schließt sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union an. Ich möchte dem im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Dies ist die zehnte Sitzung des Ständigen Rates, in der wir uns mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine befassen. In dieser Zeit haben die Ukrainerinnen und Ukrainer mutig Widerstand geleistet und sind für ihr Heimatland und für Freiheit und Demokratie eingetreten.

Während der wahllose und gezielte Beschuss von Zivilistinnen und Zivilisten und zivilen Objekten anhält, hören wir Berichte über schreckliche Kriegsverbrechen, die von den Besatzungstruppen verübt werden. Erst vor zwei Tagen sind wir in diesem Saal zusammengekommen, um das Massaker in Butscha zu verurteilen. Leider ist dies kein Einzelfall: Ähnliche Berichte erreichen uns täglich aus Irpin, Borodjanka, Hostomel, Isjum und zahlreichen anderen ukrainischen Städten und Siedlungen.

Äußerst alarmierend ist die Lage in der belagerten Stadt Mariupol, wo 160 000 Einwohnerinnen und Einwohner seit Wochen ohne Lebensmittel, Wasser, Medikamente und Grundversorgung sind. Die russischen Streitkräfte haben unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht humanitären Hilfsorganisationen den Zugang verwehrt. Darüber hinaus gab die Stadtverwaltung von Mariupol gestern bekannt, dass russische mobile Krematorien ihre Arbeit aufgenommen haben, um Beweise für die Verbrechen der russischen Armee in der Stadt zu vernichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach Angaben der ukrainischen Jugendstaatsanwaltschaft sind bis gestern 167 Kinder getötet und 279 Kinder verletzt worden. Zuvor hatte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen festgestellt, dass zwei Millionen Kinder aus der Ukraine fliehen mussten, und dass schätzungsweise mehr als 2,5 Millionen Kinder zu Binnenvertriebenen geworden sind. Vertreibungen dieses Ausmaßes werden leider über Generationen hinweg bleibende Folgen nach sich ziehen.

Wie auf der Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel in dieser Woche hervorgehoben wurde, besteht für Frauen und Kinder, die vor den Schrecken des Krieges fliehen, ein erhöhtes Risiko, Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung zu werden.

Herr Vorsitzender,

das Vorgehen Russlands in der Ukraine ist ein klarer Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich derjenigen des humanitären Völkerrechts. Wir setzen uns gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft dafür ein, dass die von Russland begangenen Verbrechen mit Hilfe aller verfügbaren internationalen Rechtsmechanismen geahndet werden.

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1367. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ISLANDS

Danke, Herr Vorsitzender.

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, doch gestatten Sie mir, einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zunächst Ihnen persönlich, Botschafter Yevhenii Tsymbaliuk, und dem ukrainischen Volk mein tief empfundenes Beileid aussprechen, insbesondere denjenigen, die Angehörige verloren haben und schwer unter der entsetzlichen Invasion und dem von Präsident Putin herbeigeführten Krieg leiden, der heute in seinen 43. Tag geht. Wir alle trauern mit Ihnen.

Unser Mitgefühl gilt auch den vielen unschuldigen russischen Zivilistinnen und Zivilisten, die weiterhin unter Handlungen ihres Präsidenten leiden werden. Junge Männer werden geopfert.

Seit Beginn dieses durch nichts provozierten, ungerechtfertigten und unrechtmäßigen Krieges vertreten die russischen Behörden den Standpunkt, dass sie mit der Invasion eines souveränen, unabhängigen Staates im Recht seien. In diesem Saal und anderswo mussten wir immer wieder die bössartige Desinformationskampagne der russischen Vertreterinnen und Vertreter erleben. Wir sind ständig mit dem grausamen Gesicht eines Krieges konfrontiert, der systematisch gegen Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Objekte geführt wird. Und diese furchtbare Grausamkeit wird mit jeder Woche schlimmer.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich um einen willkürlich begonnenen Krieg handelt. Präsident Putin traf die Entscheidung dazu in voller Kenntnis der Unvereinbarkeit seiner Entscheidung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen.

Die militärische Aggression Russlands hat tragische Verluste an Menschenleben, unermessliches menschliches Leid, die Zwangsumsiedlung von Millionen Menschen und erhebliche Umwelt- und Kulturzerstörungen verursacht. Sie hat die Sicherheit von

Kernkraftwerken gefährdet und die Sicherheit und Stabilität unserer Region und der ganzen Welt untergraben.

Das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen stellen gemeinsame Verpflichtungen dar und bestehen aus einem bestimmten Grund, nämlich um die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde zu achten und zu schützen. Und um den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu ebnen, in der Frieden und Stabilität die Voraussetzungen dafür sind. In der die Diplomatie das Sagen hat.

Wir bedauern, dass die Russische Föderation die Anordnung des Internationalen Gerichtshofs vom 16. März in eklatanter Weise ignoriert und sich weiterhin über ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen hinwegsetzt. Wir müssen die Russische Föderation weiterhin dringend auffordern, von weiteren Drohungen und Aggressionen gegen die Ukraine Abstand zu nehmen.

Island ist ein Vertragsstaat des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und gehörte zu den 41 Vertragsstaaten, die dem IStGH die Situation in der Ukraine unterbreitet haben. Als solcher unterstützt es die Bemühungen des Anklägers des IStGH uneingeschränkt. Island gehörte auch zu den 45 OSZE-Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben. Verstöße gegen das Völkerrecht zwingen die internationale Gemeinschaft dazu, Rechenschaft zu fordern.

Die internationale Gemeinschaft wird Russland für Verstöße gegen Verpflichtungen und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft ziehen

Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke.

Norwegen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an, doch möchte ich in nationaler Eigenschaft noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte ich unseren polnischen Kolleginnen und Kollegen für ihre hervorragende Führung des OSZE-Vorsitzes danken. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben die volle Unterstützung meines Landes bei allen Ihren Bemühungen.

Zweitens möchte ich auch den anderen Delegationen in diesem Saal dafür danken, dass sie richtiggestellt haben, wie sich die Ereignisse tatsächlich zugetragen haben. Sie sind den abscheulichen russischen Lügen entgegengetreten, haben sie aufgedeckt und gesagt, welche Gräueltaten in Wahrheit in der Ukraine stattfinden. Gräueltaten, die von russischen Streitkräften begangen werden.

Herr Vorsitzender,

der unprovokierte und unrechtmäßige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine war und ist ein willkürlich vom Zaun gebrochener Krieg. Als Russland sich für diesen Krieg entschied, war es sich voll und ganz der Tatsache bewusst, dass er einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt und in jedem Fall mit katastrophalen Folgen für die Ukraine einhergehen würde.

Wenn man eine solche Entscheidung trifft – wenn man einen Krieg vom Zaun bricht – dann muss man für die Verstöße, die man begeht, und die rücksichtslosen Entscheidungen, die man trifft, geradestehen.

Am Dienstag haben wir uns zu den Gräueltaten geäußert, die in Butscha und anderen Orten begangen wurden, während sie von russischen Truppen besetzt waren. Wir befürchten, dass wir nur die Spitze des Eisbergs gesehen haben und dass weitere Schreckenstaten ans Licht kommen werden.

Russland führt systematisch Krieg gegen Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Objekte und verwandelt lebendige und blühende Städte in eine Trümmerlandschaft. Die Verantwortung für Tod und Zerstörung liegt bei den russischen Behörden.

Wir fordern, dass alle Verstöße gegen das Völkerrecht geahndet werden. Dazu gehört auch, dass sowohl diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die die Verstöße begangen haben als auch die verantwortlichen Regierungsvertreter und militärischen Befehlshaber. Wir fordern alle Teilnehmerstaaten und insbesondere Russland mit Nachdruck auf, von den zur Verfügung stehenden Instrumenten Gebrauch zu machen und mit den OSZE-Institutionen nach Treu und Glauben zusammenzuarbeiten.

Herr Vorsitzender,

die Lage in Mariupol geht mittlerweile weit über eine humanitäre Katastrophe hinaus. Die Stadt ist durch die brutalen russischen Luftangriffe fast dem Erdboden gleichgemacht worden. Wer von der Bevölkerung sich noch in der Stadt befindet, ist ohne Nahrung, Wasser, Strom, Medikamente und andere lebensnotwendige Güter. Ihre Lage ist einfach schrecklich. Die Menschen sterben. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, humanitären Akteuren und Hilfsorganisationen unverzüglich uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugang zu gewähren sowie Schutz und sichere Durchreise zu gewährleisten, damit die Zivilbevölkerung alle von dem Konflikt betroffenen Gebiete in Sicherheit und freiwillig verlassen und ein Ziel ihrer Wahl erreichen kann.

Herr Vorsitzender,

gestern haben wir an einem Treffen teilgenommen, das die Ukraine und Litauen angesichts der zahlreichen Anschuldigungen Russlands gegen die Ukraine, sie würde Angriffe mit chemischen und biologischen Waffen vorbereiten, angesetzt haben. Diese Anschuldigungen haben in letzter Zeit zugenommen, wie etwa auch die gestrige Arria-Formel-Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zeigt.

Behauptungen über Verstöße gegen das Biowaffenübereinkommen (BWÜ) sind äußerst ernst zu nehmen und genau zu prüfen. Russland hat jedoch bislang keinerlei glaubwürdige Beweise für seine Anschuldigungen vorgelegt. Im Gegenteil, es stellt einfach weiterhin unbegründete Behauptungen und bloße Unterstellungen auf.

Ich möchte daran erinnern, dass der Hohe Beauftragte der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen im Sicherheitsrat erklärt hat, dass „die Vereinten Nationen keine Kenntnis von biologischen Waffenprogrammen in der Ukraine haben“. Darüber hinaus hat die Ukraine, wie wir gestern Nachmittag hier in der Hofburg gehört haben, in Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen internationalen Partnern, einschließlich der OSZE durch den Projektkoordinator in der Ukraine, ihre Systeme für die chemische und biologische Sicherheit und Sicherung verstärkt.

Die Anschuldigungen Russlands sind ein weiterer Desinformationsversuch und ein Vorwand, um von der eigenen bestialischen Kriegsführung abzulenken.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION PORTUGALS**

Herr Vorsitzender,

Portugal schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union an. Gestatten Sie mir, dem als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Es ist unmöglich, angesichts der Gräueltaten zu schweigen, die Russland nach der militärischen Aggression der Russischen Föderation unter Beteiligung Belarus' gegen ein friedliches, souveränes und unabhängiges Nachbarland an der Zivilbevölkerung der Ukraine verübt hat.

Die Brutalität der Berichte und barbarischen Bilder aus Butscha, wo nach der Besetzung durch die Russen über dreihundert Zivilpersonen hingerichtet worden sein sollen, ist entsetzlich. Die anhaltende russische Belagerung und die wahllosen Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Infrastruktur in Mariupol, Borodjanka, Charkiw und so vielen anderen Städten in der Ukraine sind erschütternd. Wie lange wird Russland diese verabscheuungswürdigen Taten noch leugnen?

Seit der russischen Invasion am 24. Februar waren über vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer gezwungen, ihr Land als Flüchtlinge zu verlassen. Diese Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen und die Gefahren zu mindern, denen sie ausgesetzt sind, bleibt eine Aufgabe von größter Bedeutung und Dringlichkeit, wie der Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte bereits erklärte.

Wir verurteilen aufs Schärfste, dass die Russische Föderation Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Schulen, Gedenkstätten und Gotteshäuser, Wohnhäuser, Schutzräume und andere zivile Infrastruktur angreift und zerstört. Es ist nicht hinnehmbar, dass Russland den Zugang für humanitäre Hilfe und sichere Fluchtwege durch die Ukraine verweigert hat.

Portugal unterstützt voll und ganz die vom Internationalen Strafgerichtshof eingeleiteten Ermittlungen sowie die laufenden Arbeiten der Expertenmission im Rahmen des Moskauer Mechanismus und der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission zur Ukraine des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen. Die gesammelten Beweise für

die im Zuge des unrechtmäßigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden die Täter vor Gericht bringen.

In einem Krieg ist oft die Wahrheit das erste Opfer. Wir bekräftigen den Aufruf der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, dem Schutz von Journalistinnen und Journalisten und deren Arbeit höchste Priorität einzuräumen. Wir erinnern daran, dass die Staaten nach den internationalen Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind, die Meinungsfreiheit zu achten und zu schützen und Medienschaffende wie Zivilpersonen zu behandeln.

In dieser schweren Stunde spricht Portugal all jenen sein Beileid und seine tiefempfundene Anteilnahme aus, die durch die fortgesetzte russische Aggression nahe Angehörige verloren haben. Wir bekräftigen unsere feste Verbundenheit mit der Ukraine und dem ukrainischen Volk. Ihr seid nicht allein, und wir werden Euch nicht alleine lassen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

heute ist es auf den Tag genau acht Jahre her, dass die Revolutionäre des Maidan, die im Februar 2014 durch einen bewaffneten Putsch die Macht in Kyjiw übernommen hatten, den Beginn einer Militäraktion im Donbass zur Unterdrückung abweichender Meinungen ankündigten. Sie bezeichneten die Bewohnerinnen und Bewohner des Südostens des Landes, die die Ergebnisse des Staatsstreichs nicht anerkannten und die die damalige Verfassung der Ukraine verteidigten, als ihre ideologischen Gegner. Sie bezeichneten diese Menschen als Terroristen und leiteten eine so genannte Antiterror-Operation gegen sie ein.

Diese Operation wurde von den Geheimdiensten und Streitkräften der Ukraine sowie von paramilitärischen Einheiten ukrainischer Nationalisten und Neonazis durchgeführt. In diesen acht Jahren haben sie im Donbass eine Vielzahl von Kriegsverbrechen begangen: wahlloser Beschuss von Wohngebieten, auch mit völkerrechtlich verbotenen Waffen, illegale Inhaftierungen, Folter und außergerichtliche Tötungen von Zivilistinnen und Zivilisten. Viele Gräueltaten sind von internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert worden.

An diesen Verbrechen waren auch Angehörige des neonazistischen Asow-Bataillons beteiligt, das wie viele andere derartige Formationen von den Behörden in das System der Regierungsbehörden eingegliedert und zu einer separaten Sondereinheit innerhalb der Militäreinheit 3057 des Operativen Territorialkommandos Ost der Nationalgarde der Ukraine wurde. Heute sind die Reste des Asow-Bataillons noch immer in Mariupol anzutreffen, wo sie sich hinter Zivilistinnen und Zivilisten verstecken, die als menschliche Schutzschilde benutzt werden.

Wir stellen fest, dass das Problem des militarisierten Neonazismus in der Ukraine im Westen weiterhin systematisch totgeschwiegen wird. Die westliche Führung zieht es vor, nicht einmal jene vernünftigen Stimmen zu hören, die etwas über das Wesen des Asow-Bataillons zu sagen haben. Wir erinnern uns an das gemeinsame Schreiben von 40 Mitgliedern des US-Kongresses, die im Oktober 2019 an das Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika appellierten und forderten, Asow auf die Liste der terroristischen Organisationen zu setzen. Stattdessen zogen es die US-Behörden jedoch vor, Waffen in die

Ukraine zu liefern, die in den Händen dieser Neonazis landeten, und mit ihnen direkt und indirekt Gefechtsausbildungsaktivitäten durchzuführen.

Die Probleme des ukrainischen Neonazismus wurden auch von Mitgliedern des ständigen Ausschusses des französischen Senats für Auswärtiges, Verteidigung und Streitkräfte aufgezeigt, die Ende Mai 2021 die Ukraine besuchten. Damals stellten sie fest, dass im Zentrum von Kyjiw Nazi-Memorabilien und -Literatur verkauft wurden und dass neonazistische Parteien und Bewegungen wie Asow neue Anhängerinnen und Anhänger unter jungen Menschen rekrutierten und militärische Ausbildungskurse durchführten. Aber auch die Führung Frankreichs, das derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, hat das Problem nicht erkannt. Und auch im Vereinigten Königreich wurde das Problem nicht gesehen, wo man laut Innenministerin Priti Patel ukrainische Neonazis sehr gerne aufnimmt, ebenso wenig wie in einigen anderen Ländern, in denen sich die Anhängerinnen und Anhänger der ukrainischen rechtsextremistischen Ideen sehr wohl fühlen. Haben sie es nicht gesehen oder wollten sie es nicht sehen?

Am 1. April antwortete Wolodymyr Selenskyj in einem Interview mit Fox News auf die Frage des Moderators Bret Baier nach den Gräueltaten des nationalistischen Asow-Bataillons an der Zivilbevölkerung: „Sie sind, was sie sind.“

Auffallend ist die Hartnäckigkeit, mit der die westlichen Länder die Ukraine unter diesen Bedingungen weiterhin militärisch aufrüsten. Der NATO-Generalsekretär meinte, man solle sich auf einen „langwierigen Krieg“ vorbereiten, während Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, am 6. April erklärte, dass nicht ein schnelles Ende der Feindseligkeiten in der Ukraine, sondern deren Ausgang wichtiger sei. In der Tat hat der EU-Chefdiplomat bereits zugegeben, dass die Ukraine nur ein Instrument für die Konfrontation mit Russland ist. Dabei geht es nicht um die Interessen der Ukrainerinnen und Ukrainer selbst.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums werden bei der Spezialoperation Hochpräzisionswaffen gegen Einrichtungen eingesetzt, die der militärischen Unterstützung ukrainischer Neonazis dienen. Die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur sind keine Ziele. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass – angesichts dessen – in Kyjiw und in einigen westlichen Hauptstädten zu ungeheuerlichen Lügen gegriffen wird, um die Aktionen des russischen Militärs zu diskreditieren. Ein Beispiel dafür ist die zynische Provokation ukrainischer Neonazis in Butscha mit toten Zivilistinnen und Zivilisten, die mit voller Unterstützung des Regimes in Kyjiw durchgeführt wurde. Dies ist ein weiterer Beweis für einen Völkermord an der eigenen Bevölkerung. Uns liegen zuverlässige Informationen vor, dass ähnliche Provokationen in den Städten Konotop und Trostjanetz in der Region Sumy sowie in Borodjanka und Katjuschanka in der Region Kyjiw vorbereitet werden.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben ukrainische Nationalisten bereits eine solche Aktion in dem Dorf Derhatschi in der Region Charkiw durchgeführt: Sie haben diese Siedlung zunächst beschossen und dann die zerstörten Gebäude und, wie sie behaupteten, „zahlreiche Tote“ auf Video aufgenommen, um diese Videos an westliche Medien zu übermitteln. Vertreter westlicher Nachrichtenagenturen nahmen an dieser Aktion teil, die von Militärangehörigen des 72. Zentrums für Information und psychologische Operationen der Streitkräfte der Ukraine überwacht wurde. Die an den

inszenierten Dreharbeiten teilnehmenden Zivilpersonen wurden mit jeweils 25 US-Dollar in bar entlohnt.

Wir möchten Sie warnen, dass der Russischen Föderation zeitnahe Beweise für die jüngsten schrecklichen Verbrechen vorliegen, die vom Regime in Kyjiw auf Veranlassung seiner ausländischen Drahtzieher und mit deren voller Zustimmung vorbereitet werden. Offensichtlich hat die ukrainische Regierung den Mitgliedern der so genannten Territorialverteidigung erlaubt, Artillerie- und Raketensysteme zu benutzen, um diese Verbrechen auszuführen. Das, was sich in Butscha abgespielt hat, mit unbegründeten Anschuldigungen gegen die russischen Streitkräfte, wird jedoch nicht funktionieren. Darüber hinaus möchten wir Sie darüber informieren, dass die russische Ermittlungskommission bereits eine rechtliche Prüfung der Verbreitung bewusst falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation durchführt, auch zu den Ereignissen in der Stadt Butscha in der Region Kyjiw.

Das Regime in Kyjiw hört nicht auf, die russischen Streitkräfte auch auf andere Weise zu verleumden. So sprengte das ukrainische Militär am 5. April im Zuge der Vorbereitungen für seinen Rückzug aus der Stadt Rubischne, die sich auf dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Gebiet der Volksrepublik Luhansk (LNR) befindet, einen Chemikaliertank in der Produktionsstätte Nr. 1 des Werks Sarja in die Luft. Nach den vorliegenden Informationen wurde der Zeitpunkt der Explosion absichtlich so gewählt, um die Windrichtung in Richtung der Siedlung Kudrjaschiwka zu berücksichtigen, die von den Streitkräften der LNR kontrolliert wird. Wir erinnern daran, dass das russische Verteidigungsministerium bereits Mitte März davor gewarnt hat, dass die Nationalisten Provokationen mit giftigen Chemikalien vorbereiten, für die sie das russische Militär verantwortlich machen würden. Und so überrascht es nicht, dass der Leiter der von der ukrainischen Regierung kontrollierten Verwaltung von Luhansk, Serhiy Haidai, sofort die falsche Behauptung aufstellte, die Explosion sei das Ergebnis eines russischen Angriffs. Wir möchten Sie darüber informieren, dass auf Anweisung des Vorsitzenden der russischen Ermittlungskommission die Umstände der Explosion eines Tanks mit Chemikalien untersucht werden.

Darüber hinaus gibt es zuverlässige Informationen darüber, dass das Regime in Kyjiw eine große Provokation auf dem Gelände des Produktionsverbands Chimprom in der Stadt Perwomajskij in der Region Charkiw vorbereitet. Ukrainische Formationen haben dort ein Chlorgaslager mit 120 Tonnen der chemischen Substanz vermint. Es ist geplant, dieses Lager in die Luft zu sprengen und Russland zu beschuldigen, eine chemische Katastrophe verursacht zu haben, die zum Tod dort ansässiger Einwohnerinnen und Einwohner geführt hat.

In diesem Zusammenhang wurde zuverlässig belegt, dass ukrainische bewaffnete Formationen gefangene russische Militärangehörige foltern, misshandeln und demütigen. In ihrer Unmenschlichkeit erinnern sie daran, wie die Todesschwadronen der Nazis während des Großen Vaterländischen Krieges vorgegangen sind. Darüber hinaus verbreiten sie solche Videos aktiv im Internet und in den Medien. Dennoch bleiben diese ungeheuerlichen Vorfälle von der OSZE-Führung unbemerkt. Warum schweigt der polnische Vorsitz darüber?

Die westlichen Länder wissen nicht nur um die groben Verstöße der ukrainischen Regierung gegen das humanitäre Völkerrecht, sondern versuchen auch, den Tätern zu helfen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Wir fordern, dass Vertretern des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz unverzüglich Zugang zu den gefangenen russischen

Militärangehörigen gewährt wird, damit sie die Bedingungen feststellen, unter denen diese in Haft gehalten werden, und gründliche medizinische Untersuchungen durchführen können.

Aufgrund des Vorgehens des Regimes in Kyjiw ist die humanitäre Lage in der Ukraine nach wie vor schwierig. Die ukrainische Regierung weigert sich noch immer, humanitäre Korridore für die Zivilbevölkerung in die Russische Föderation zuzulassen – trotz der mehr als 2 738 000 Ersuchen ukrainischer Einwohner, die einen solchen Wunsch geäußert haben. Dennoch wurden seit Beginn der militärischen Spezialoperation insgesamt mehr als 620 000 Menschen, darunter über 122 000 Kinder, nach Russland evakuiert. Unter den Evakuierten befinden sich 9 274 Bürgerinnen und Bürger aus 45 ausländischen Staaten. Seit dem 2. März hat die Russische Föderation mehr als 8 500 Tonnen an humanitären Gütern in die Ukraine geliefert und mindestens 757 humanitäre Maßnahmen durchgeführt.

Die derzeit laufende russische militärische Spezialoperation in der Ukraine soll nicht nur den langwierigen Konflikt im Donbass beenden, dessen politische Beilegung der OSZE nicht gelungen ist, sondern auch dafür sorgen, dass ukrainische Neonazis keinen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse im Lande nehmen können. Die Hauptziele der Spezialoperation – die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine – werden erreicht werden. Russland wird weiterhin sein Möglichstes tun, um das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten zu retten.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Botschafter Lukashevich schwankte heute Morgen zwischen unglaublichen Behauptungen, dass erstens die Ukraine sich selbst angreife und zweitens, dass die grausamen Fotos von Leichen und Gräueltaten, die wir alle gesehen haben, alle erfunden seien, um Russophobie zu schüren.

Heute Morgen habe ich eine Reihe von Beispielen für die Lügen angeführt, die wir in den letzten Monaten von der russischen Delegation gehört haben. Wir haben heute noch einige weitere gehört, die auch in den OSZE-Protokollen für künftige Generationen dokumentiert werden. Unter all den Problemen, die sich Russland selbst geschaffen hat, ist die Glaubwürdigkeit unbestreitbar eines der wichtigsten.

Das gleiche Problem gilt für den russischen Untersuchungsausschuss, der keinerlei Glaubwürdigkeit besitzt. Während jedoch der Krieg weitergeht und russische Gräueltaten aufgedeckt werden, sammelt der Internationale Strafgerichtshof nach der bislang umfangreichsten Unterbreitung in seiner Geschichte Beweise.

Danke, Herr Vorsitzender.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben heute erneut bemerkenswerte Äußerungen des Vertreters der Russischen Föderation gehört. Und ich habe mir aufmerksam die Namen der Orte notiert, die er genannt hat. Er hat mehrfach auf angebliche Fakten verwiesen und Beweise angekündigt. Ich werde auf die Art seines Vortrags nicht eingehen, aber ich möchte auf die verzerrte Definition des Begriffs „Wahrheit“ zu sprechen kommen, die Russland hier heute erneut präsentiert hat.

Die Berichte und Bilder, die uns in den letzten Tagen aus der Ukraine – aus Butscha, Irpin und weiteren Städten – erreicht haben sind Zeugnis einer unvorstellbaren entfesselten Gewalt gegen die ukrainische Zivilbevölkerung. Diese Gräueltaten sind unbegreiflich und sie lassen uns in einen Abgrund schauen; in einen Abgrund, in dem den Tätern – den Tätern vor Ort und den Tätern an den Schreibtischen – offensichtlich jegliche Menschlichkeit und Empathie abhandengekommen ist.

Untermuert wird dieses brutale Vorgehen der russischen Streitkräfte durch eine menschenfeindliche Ideologie, die komplett von der Realität abgekoppelt ist. Wir haben dieses Narrativ heute erneut gehört vom Vertreter der russischen Föderation: es ist der Versuch mit dem unsäglichen und absurden Narrativ der „Entnazifizierung“ diese abscheulichen und grausamen Taten zu rechtfertigen.

Diese Erzählung ist nicht nur ungeheuerlich und tritt die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus mit Füßen. Die Versuche der russischen Delegation, diese Taten abzustreiten und sie dem Opfer, der Ukraine, in die Schuhe zu schieben, sind zynisch und verächtlich. Es ist ein durchschaubares Lügengespinnst, das an Brutalität und Widerwärtigkeit kaum zu übertreffen ist.

Es gibt Auswertungen von Satellitenbildmaterial, das zwischen dem 10. und dem 18. März 2022 aufgenommen wurde. Die Satellitenbilder zeigen, dass die Opfer in der Jablunska-Straße in Butscha – das ist die Aufnahme, die wir alle wahrgenommen haben – bereits seit mindestens dem 10. März dort gelegen haben. Glaubhafte Hinweise belegen, dass

1 Enthält eine technische Korrektur.

ab dem 7. März bis einschließlich 30. März russische Streit- und Sicherheitskräfte in diesem Gebiet eingesetzt waren. Sie waren auch mit der Befragung von Gefangenen befasst, die anschließend exekutiert worden sind. Es gibt aufgezeichnete Telefonate zwischen Angehörigen der russischen Streitkräfte, in denen diese sich über die Gräueltaten unterhalten. Gezielte Tötungen durch Einheiten der russischen Streit- und Sicherheitskräfte sind somit ein Beleg dafür, dass die russische Regierung Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen zur Erreichung seiner Ziele mindestens billigend in Kauf genommen hat.

Die von russischer Seite getätigten Ausführungen, es handele sich um gestellte Szenen oder man sei für die Ermordung nicht verantwortlich, ist nicht haltbar. Das perfide Lügengebäude, das Russland auch heute wieder vorgetragen hat, trägt nicht. Die Wahrheit wird immer ihren Weg ans Tageslicht finden. Und ich bin überzeugt, auch die russische Delegation weiß dies sehr genau.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,

da der russische Vertreter Deutschland erwähnt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Bei uns in Deutschland und überall in Europa hat die Not der Ukrainerinnen und Ukrainer eine überwältigende Welle des Mitgefühls und der Solidarität ausgelöst. Daran beteiligen sich auch viele russlandstämmige Deutsche und Russinnen und Russen in Deutschland. Sie wollen sich nicht mit der kriegerischen Politik des Kremls abfinden. Sie wissen zwischen russischer Regierung und russischer Bevölkerung zu unterscheiden. Die Mehrheit der Deutschen weiß das.

Es gibt Einzelfälle von undifferenzierter Kritik. Es gibt Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus Betroffenheit und Mitgefühl nicht das nötige Differenzierungsvermögen aufgebracht haben. In jenen Einzelfällen haben die Beteiligten oft im Nachgang ihre im Affekt geäußerte Ablehnung überdacht und revidiert. Das ist gut und richtig. Denn es ist absolut inakzeptabel, wenn bei uns Menschen, die aus Russland stammen, beschimpft, beleidigt oder körperlich angegriffen werden.

Bei den Menschen in Deutschland verfängt jedoch Desinformation über angebliche Angriffe auf russlandstämmige Mitbürger nicht. Das am 20. März in Umlauf gebrachte Video, in dem eine Frau von einem angeblichen Übergriff ukrainischer Geflüchteter auf einen 16-jährigen Russen in Euskirchen berichtet, beruht z. B. nicht auf Tatsachen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen und das Bundesinnenministerium griffen den geschilderten Sachverhalt zeitnah auf, prüften ihn und stellten öffentlich klar, dass es einen entsprechenden Vorfall nicht gegeben hat.

Fakt ist: Präsident Putin hat den Krieg in der Ukraine zu verantworten. Putin hat den Krieg angezettelt und angeordnet und lässt ihn mit menschenverachtender Brutalität führen. Das auszusprechen untersagt die russische Regierung. Sie scheut die offene Aussprache mit der eigenen Bevölkerung. Sie verfolgt kritische Russinnen und Russen, die gegen den Krieg demonstrieren oder ihn schlicht als das benennen, was er ist: ein Krieg.

Präsident Putin beschreibt den Westen als Feind – und diejenigen als „Nationalverräter“, die für gute Beziehungen und Frieden in Europa eintreten. Es ist dieses Feindbild des russischen Präsidenten, das Europa in den Krieg gestürzt hat. Es ist nicht die Logik Deutschlands oder der Deutschen und auch nicht die Logik der russischstämmigen Deutschen oder der in Deutschland lebenden Russinnen und Russen.

Vielen Dank. Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Da der Vertreter der Russischen Föderation mein Land erwähnt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Zunächst muss ich endlich einmal keine Anschuldigungen gegen Lettland mehr entkräften, denn es ist nun für alle offensichtlich, wie haltlos diese die ganze Zeit hindurch waren. Und aus diesem Grund werde ich nun für lange Zeit keine Anschuldigungen gegen Lettland mehr entkräften.

Erst wenn der letzte russische Kriegsverbrecher verurteilt ist, werden wir wieder in der Lage sein, mit Russland Erörterungen über die Menschenrechte in anderen Ländern zu führen.

Zweitens ist die russische Sprache nicht russisches Eigentum.

Auch nicht die russischsprachigen Menschen.

Drittens stoppt Russland, während wir die russische Propaganda und Desinformation stoppen, den Herzschlag von Ukrainerinnen und Ukrainern, auch den von Journalistinnen und Journalisten.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,

am 3. April wurden in Serbien eine ordentliche Präsidentenwahl, eine vorgezogene Parlamentswahl und lokale Wahlen in Belgrad und 13 anderen Kommunen abgehalten. Über 6,5 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, bei der Präsidentenwahl und der vorgezogenen Parlamentswahl ihre Stimme abzugeben.

Zum ersten Mal waren kosovarische Serbinnen und Serben ihres Wahlrechts bei den Wahlen in ihren örtlichen Kommunen beraubt. Wir anerkennen die Bemühungen Frankreichs, Deutschlands, Italiens, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, es der OSZE-Mission im Kosovo zu ermöglichen, das Einsammeln der Stimmzettel im Einklang mit der langjährigen Praxis durchzuführen. Leider lehnte Priština alle diese Vorschläge ab. Da sie nicht die Möglichkeit hatten, ihre Rechte an ihrem Wohnort wahrzunehmen, gaben zahlreiche kosovarische Serbinnen und Serben ihre Stimmen in vier Gemeinden in Zentralserbien ab – in Bujanovac, Raška, Kuršumljija und Tutin. Jedoch nicht alle kosovarischen Serbinnen und Serben, insbesondere die älteren und schutzbedürftigen, waren dazu in der Lage.

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 1244 (1999) die internationale zivile Präsenz in Kosovo und Metochien mit folgender Aufgabe betraut hat: „bis zu einer politischen Regelung die Organisation und Überwachung der Entwicklung vorläufiger Institutionen für eine demokratische und autonome Selbstverwaltung, einschließlich der Abhaltung von Wahlen“ (Punkt 11(c)).

Mit Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates der OSZE vom 1. Juli 1999 wurde festgelegt, dass die OSZE-Mission im Kosovo in Fragen des Aufbaus von Institutionen und Demokratie und der Menschenrechte federführend sein wird. Der Beschluss definiert den Aufgabenbereich der OSZE-Mission im Kosovo genau und legt fest, dass sich die Mission bei ihrer Arbeit in erster Linie unter anderem mit der „Organisation und Beaufsichtigung von Wahlen“ befassen wird (Punkt 3).

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir auch, die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und des Vereinigten Königreichs vom 23. März 2022 zu zitieren: „Während wir Serbiens Bereitschaft, eine Lösung zu finden, zu schätzen wissen, nehmen wir mit großer Enttäuschung die Entscheidung der kosovarischen Regierung zur Kenntnis, einen konstruktiven Vorschlag der Quint abzulehnen. Mit dieser Entscheidung hat es die Regierung des Kosovo versäumt, ihren Einsatz für den Grundsatz des Schutzes der bürgerlichen und politischen Rechte aller ihrer Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Angehörigen von Minderheiten, unter Beweis zu stellen. Eine solche Haltung der kosovarischen Regierung steht nicht im Einklang mit unseren Werten und Grundsätzen und wird ihre europäischen Bestrebungen untergraben.“

Gleichermaßen erklärte der Sprecher der Europäischen Union, Peter Stano: „Die EU war als Vermittler tätig. (...) Wir haben versucht, in Analogie zu den letzten Wahlen praktische Lösungen zu finden.“ Stano fügte hinzu: „Während wir anerkennen, dass Serbien für eine Lösung offen ist, bedauern wir, dass nach der Entscheidung des Kosovo, den konstruktiven Vorschlag der Quint abzulehnen, zwischen den Parteien letztlich kein Konsens erreicht wurde.“

Obschon diese Erklärungen zu begrüßen sind, haben sie sich als unzureichend erwiesen. Die Entscheidung, die Stimmabgabe nicht zu erlauben, ist eine weitere einseitige Maßnahme Prištinas. Sie ist die Folge des 2008 mit Billigung einer Reihe von Ländern unternommenen Akts der Abspaltung. Dieser jüngste Schritt, die Abstimmung zu verbieten, ist ein weiterer Beweis dafür, dass einseitige Entscheidungen Prištinas offenbar akzeptiert werden, während das Bekenntnis Serbiens zum Dialog nicht die gebührende Anerkennung findet.

Deshalb fordern wir alle, die sich für die Sicherheit und Stabilität in diesem Teil Europas einsetzen, auf, entschlossen auf den destruktiven Kurs Prištinas zu reagieren und der Praxis, Spannungen zu schaffen und die Gräben zwischen den Volksgruppen zu vertiefen, ein Ende zu setzen. Wie wir im Ständigen Rat am 20. Januar bekräftigt haben, sind geeignete gezielte Maßnahmen gegen diejenigen Akteurinnen und Akteure in Priština, die die Spaltung verschärfen, das Misstrauen zwischen den Gemeinschaften vertiefen und die Stabilität untergraben, mehr als überfällig. Dies ist der einzige Weg, um eine weitere Verschlechterung der regionalen Stabilität zu verhindern und der Willkür und Unberechenbarkeit Prištinas Einhalt zu gebieten.

Obwohl das jüngste Vorgehen Prištinas die Grundrechte der kosovarischen Serbinnen und Serben verletzt hat, hat Belgrad als verantwortungsvoller und verlässlicher Partner keine Gegenmaßnahmen unternommen und war bestrebt, den Frieden und die Sicherheit in der Region zu bewahren. Wir fordern Priština weiterhin nachdrücklich auf, sich konstruktiv an dem von der EU unterstützten Dialog zu beteiligen und die Verpflichtungen aus der Brüsseler Vereinbarung von 2013 umzusetzen. Eine gemeinsam vereinbarte und daher nachhaltige Lösung kann nur durch Dialog und Kompromiss, nicht durch ein *fait accompli*, erreicht werden.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Albanien misst dem Wahlrecht von Minderheiten im Einklang mit Geist und Buchstaben internationaler Normen und Verfahren große Bedeutung bei. Wir begrüßen und unterstützen den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien und die praktischen Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass es der Republik Kosovo obliegt, zu entscheiden, wie Wahlen eines anderen Landes auf dem eigenen Hoheitsgebiet des Kosovo durchgeführt werden. Wir achten und unterstützen die Rechtsstaatlichkeit im Kosovo und achten und unterstützen gleichermaßen das legitime Recht des Kosovo, seine Souveränität auf dem gesamten Hoheitsgebiet des Landes auszuüben.

Wir begrüßen die von den Institutionen des Kosovo unternommenen Schritte zur Erleichterung der Stimmabgabe von kosovarischen Serbinnen und Serben mit doppelter Staatsbürgerschaft bei den serbischen Wahlen am 3. April 2022. Wie die OSZE-Mission im Kosovo berichtete, war die kosovarische Polizei in großer Stärke entlang der Reiserouten präsent, um sicherzustellen, dass die Wählerinnen und Wähler problemlos nach Serbien reisen konnten. Die Polizei setzte auch zusätzliches Personal an den Grenzübergängen ein, um die Grenzübertrittsverfahren zu beschleunigen.

Wir wissen die Aufmerksamkeit zu schätzen, die die internationalen Verbündeten und Partner des Kosovo dieser Angelegenheit widmen. Ein prinzipienfestes und gleichberechtigtes Vorgehen gegenüber allen sechs Ländern des Westbalkans ist der Schlüssel zur Erhaltung von Frieden und Stabilität und zur Förderung der euro-atlantischen Integrationsprozesse.

Herr Vorsitzender,

mit besonderer Aufmerksamkeit und Besorgnis haben wir die systematische Löschung – oder Deaktivierung – der Adressen von Albanerinnen und Albaner in Medvegja, Bujanoc und Preševo aus den serbischen Registern seit 2011 verfolgt. Es ist anzunehmen, dass aufgrund dieser diskriminierenden Politik über 6 000 wahlberechtigten Albanerinnen und Albanern das Wahlrecht entzogen wurde. Im Juni 2021 bezeichnete das Helsinki-

Komitee für Menschenrechte in Serbien dies als „eine Form der ethnischen Säuberung durch administrative Mittel“.

Wir stellen fest, dass die Berichterstatterin über das Kosovo des Europäischen Parlaments, Viola von Cramon, darum ersucht hat, diese Frage in den vorläufigen Bericht der Wahlbeobachtungsmission und auch in die Erklärung des Europäischen Parlaments aufzunehmen.

Zahlreichen Berichten zufolge mussten darüber hinaus viele Albanerinnen und Albaner aus dem Preševo-Tal, die derzeit außerhalb Serbiens leben, stundenlang an der Grenze warten, und wurden so daran gehindert zu wählen. Wir fordern das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten auf, diese Angelegenheiten weiterhin aufmerksam zu verfolgen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages. Danke.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland hat sich gemeinsam mit Partnern im Vorfeld der Wahlen in Serbien am 3. April monatelang intensiv mit den Regierungen von Kosovo und Serbien beraten, um eine pragmatische Lösung zu finden, die es wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern in Kosovo ermöglicht hätte, ihr Recht auf Teilnahme an den Wahlen wahrzunehmen.

Es ist klar, dass es Vorrecht der kosovarischen Regierung ist, zu entscheiden, ob sie Unterstützung bei der Stimmabgabe bei den Wahlen eines anderen Landes leistet oder nicht. Wir haben mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass die kosovarische Regierung sich gegen einen Kompromiss zur OSZE-Durchführung der Wahlen für Wahlberechtigte in Kosovo entschieden hat. Deutschland hat sich mit Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten hierzu auch öffentlich entsprechend geäußert.

Wahlberechtigte, die in Kosovo leben, konnten in für sie eingerichteten Wahllokalen in den Gemeinden Tutin, Raska, Kursumlija, Bujanovac in Südserbien ihre Stimme abgeben. Der Grenzverkehr für cirka 15 000 Wählerinnen und Wähler, die größtenteils mit Bussen über die Grenze gefahren sind, ist störungsfrei verlaufen. Wir begrüßen, dass sich beide Seiten bemüht haben, sich an Abmachungen zur reibungslosen Abwicklung des Grenzverkehrs zu halten und wir danken der OSZE für die Bereitschaft zur Unterstützung in dieser Frage.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Herr Vorsitzender,

Frankreich gratuliert der Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zu ihrer Professionalität und Unabhängigkeit im Einklang mit ihrer Methodik bei der serbischen Präsidenten- und vorgezogenen Parlamentswahl am 3. April 2022. Im Lichte ihres Zwischenberichts und der vorläufigen Schlussfolgerungen begrüßen wir die weitgehende Achtung der Grundfreiheiten bei diesen Wahlen, die vor allem zu einem größeren Pluralismus in der Zusammensetzung des Parlaments geführt haben, stellen jedoch mit Bedauern fest, dass eine Reihe von Mängeln, insbesondere in Bezug auf Medienpluralismus und Wahlkampffinanzierung zu ungleichen Bedingungen für die Kandidatinnen und Kandidaten geführt haben.

In den letzten Monaten hat sich Frankreich, gemeinsam mit seinen Partnern in der Quint – Deutschland, Italien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika – bei den Regierungen des Kosovo und Serbiens dafür stark gemacht, eine pragmatische Lösung zu finden, die es denjenigen Bürgerinnen und Bürgern des Kosovo, die dazu berechtigt sind, ermöglicht, ihr Recht auf Teilnahme an den serbischen Wahlen am 3. April wahrzunehmen.

Frankreich erkennt zwar an, dass die Entscheidung, die Teilnahme an Wahlen, die von einem anderen Land organisiert werden, zuzulassen oder nicht, ein souveränes Vorrecht ist, bedauert jedoch die Entscheidung der Regierung des Kosovos, den vom Sonderbeauftragten der Europäischen Union vorgelegten Kompromissvorschlag abzulehnen. Frankreich begrüßt jedoch die Tatsache, dass die kosovarischen Behörden den serbischen Wählerinnen und Wählern aus dem Kosovo den Grenzübertritt erleichtert haben.

Wir fordern Belgrad und Pristina auf, ihre Gespräche konstruktiv und kompromissorientiert fortzusetzen, um eine umfassende Lösung ihres Konflikts auf der Grundlage der Vereinbarungen zu finden, die bereits im Laufe des von der Europäischen Union unterstützten Dialogs erzielt wurden. Es ist wichtig, jedes einseitige Vorgehen zu vermeiden, das den Dialog zwischen den beiden Ländern schwächen könnte, und darauf zu achten, dass die Rechte der Angehörigen von Minderheiten eingehalten werden.

Die kommenden Wochen werden die Stunde der Wahrheit für den Dialog zwischen Belgrad und Priština sein, und es liegt an beiden Parteien, Engagement und politischen Willen zu zeigen, um Fortschritte auf dem Weg zu einer umfassenden Vereinbarung zu erzielen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 4 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union dankt dem polnischen Vorsitz und den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts- und Umweltausschusses und des Ausschusses zur menschlichen Dimension für ihre Unterrichtungen. Wir würdigen ihre inklusive und konsultative Herangehensweise und freuen uns auf die Wiederaufnahme der Arbeit der Ausschüsse. Doch wir möchten erneut festhalten: Es ist nicht die Zeit für „business as usual“. Vor dem Hintergrund des vorsätzlichen, unprovokierten, ungerechtfertigten und brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung sollte die wichtige Arbeit der OSZE fortgesetzt werden, doch ihr Schwerpunkt sollte nun vorrangig der Befassung mit den zerstörerischen Auswirkungen dieses Krieges in allen drei OSZE-Dimensionen der Sicherheit und ihrer Linderung gelten.

In diesem Sinne unterstützen wir die Absicht der Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses, die Arbeit des Ausschusses wieder aufzunehmen und seinen Arbeitsplan an die derzeitigen erschreckenden Entwicklungen anzupassen, auch den Schwerpunkt des nächsten Treffens des Sicherheitsausschusses zum Schutz kritischer Infrastruktur und Widerstandsfähigkeit.

Wir unterstützen auch die Entscheidung, auf dem nächsten Treffen des Wirtschafts- und Umweltausschusses den Arbeitsplan anzupassen und die Schädigung der Umwelt und die Infrastrukturschäden, die durch die fortwährende Aggression gegen die Ukraine verursacht wurden, zu erörtern.

Gleichermaßen begrüßen wir den Schwerpunkt, der auf dem nächsten Treffen des Ausschusses zur menschlichen Dimension auf die Befassung mit den Auswirkungen dieses Krieges auf Kinder und Jugendliche gelegt wird.

Abschließend bringt die Europäische Union ihre volle Unterstützung für den polnischen Vorsitz und die Vorsitzenden der drei Ausschüsse und ihre Teams zum Ausdruck und dankt ihnen für ihre Führungsstärke. Wir freuen uns darauf, die Arbeit der Ausschüsse in der kommenden Sitzungsperiode tatkräftig zu unterstützen und zu ihr beizutragen.

1367. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1367, Punkt 4 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass es ungeachtet der politischen Prozesse oder jeder anderen im OSZE-Raum stattfindenden Prozesse die Verantwortung jedes Vorsitzes – und Polen ist dabei keine Ausnahme – ist, die operative Arbeit unserer Organisation in den drei Dimensionen zu gewährleisten, das heißt in all denjenigen Bereichen, in denen sowohl der Vorsitz als auch das Sekretariat beauftragt sind, irgendwelche Aktivitäten durchzuführen.

Die willkürliche Entscheidung des polnischen Vorsitzes im Februar dieses Jahres legte die Arbeit in den Hauptbereichen der OSZE zur Gänze lahm – bei nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit, in der Wirtschafts- und Umweltdimension und in der menschlichen Dimension – obwohl der uns allen bekannte Ministerratsbeschluss von Porto 2002, auf den wir auf die ein oder andere Weise zurückkommen werden, festlegt, dass der Vorsitz verpflichtet ist, mit den Teilnehmerstaaten Rücksprache zu halten, um den Arbeitsprozess zu koordinieren.

Soweit wir wissen, wurde ohne jegliche Konsultationen, wiederum durch eine willkürliche Entscheidung des Vorsitzes und eindeutig mit Einverständnis der maßgeblichen Ausschussvorsitzenden die Entscheidung getroffen, die auf die Osterpause folgenden Aktivitäten der OSZE ausschließlich einem Thema – der Ukraine – zu widmen und dieses auf ausnahmslos alle Strukturen unserer Organisation auszudehnen, zum Nachteil Dutzender Staaten, die ein fester Bestandteil der OSZE sind und die, davon bin ich überzeugt, auch daran interessiert sind, sich mit zahlreichen anderen Themen in allen drei Dimensionen zu befassen. Man sollte nicht denken, dass das Thema Ukraine die politischen und anderen Prozesse, die derzeit in der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und andernorts stattfinden, völlig in den Hintergrund treten lässt. Die Ereignisse in der Ukraine sollten nicht dazu genutzt werden, sich vor Kritik an diesen Prozessen abzuschirmen. Wir lehnen diese Herangehensweise entschieden ab. Wir sind nicht der Meinung, dass sie unsere Organisation stärken, die bereits unter zu viel politischer Einflussnahme leidet. Wir werden sehen, wohin dieser Lauf der Ereignisse bis Ende des Jahres führen wird.

Herr Vorsitzender,

Sie haben die Art und Weise der Konsultationen, die Sie mit der russischen Seite führen, erheblich verzerrt dargestellt – sie finden in einem völlig anderen Format statt als die mit den anderen Teilnehmerstaaten. Im Einklang mit der Geschäftsordnung der OSZE und dem Beschluss von Porto 2002 führt der Vorsitz die Konsultationen mit den Teilnehmerstaaten so transparent wie möglich und nicht individuell. Dies war während der Jahre der KSZE der Fall, und eine entsprechende Bestimmung ist in der Geschäftsordnung der OSZE verankert. Die Organisation hat die letzten Jahrzehnte so gearbeitet, und Sie haben als Vorsitzender des Ständigen Rates und als Vertreter des amtierenden Vorsitzes nicht das Recht, diesen *modus operandi* unseres gemeinsamen Handelns zu ändern. Erneut erinnere ich Sie daran, dass Ihr Mandat in einem Ministerratsbeschluss 2002 festgelegt wurde. Ich werde ihn Ihnen noch einmal vorlesen. Ich bin bereit dieses Thema so lange zu erörtern, wie dies notwendig ist, denn es sind die Teilnehmerstaaten, und nicht der Vorsitz, die das letzte Wort haben. Ich erinnere Sie erneut an den Beschluss von Porto 2002:

„Der Amtierende Vorsitz trägt [...] dafür Sorge, dass seine Handlungen nicht von den einvernehmlichen Standpunkten aller Teilnehmerstaaten abweichen und dass die gesamte Bandbreite der Meinungen der Teilnehmerstaaten berücksichtigt wird“.

Mit anderen Worten bilden die einvernehmlichen Standpunkte der Teilnehmerstaaten zusammen mit den Beschlüssen der Ministerratstreffen und Gipfeltreffen die Grundlage der Arbeit des Vorsitzes. Dieses Axiom ist grundlegend für die Tätigkeit unsere Organisation. Es liegt nicht in Ihrer Zuständigkeit, einen Umbau des Programms für dieses Jahr zu beschließen, insbesondere, da die Konsultationen, die mit den Ausschussvorsitzenden im Februar, und sogar im Januar, geführt wurden, zusätzlich zu den Verhandlungen, die vom Amtierenden Vorsitzenden, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten von Polen, im Februar dieses Jahres in Moskau geführt wurden, ein völlig anderes Programm skizzierten. Dieses Programm ist im Kalender des Vorsitzes festgelegt.

Wir bestehen darauf, dass Ihre Handlungen im Einklang mit den gemeinsamen Beschlüssen stehen. Es wurden keine Beschlüsse des Ministerrats oder des Ständigen Rats über die Restrukturierung der Arbeit der Organisation als Reaktion auf die sogenannten Ereignisse in der Ukraine verabschiedet. Parteilichkeit des Vorsitzes hat in unserer Organisation keinen Platz. Ich sage Ihnen dies im vollen Bewusstsein meiner Verantwortung und in Anwesenheit der Ausschussvorsitzenden, mit denen wir persönlich mehrere Erörterungsrunden abgehalten haben, um ein Arbeitsprogramm für dieses Jahr, zumindest für die kommenden Monate, zu erarbeiten. Ihre Entscheidungen haben in diesem Programm keinen Platz. Sie können nicht eigenmächtig die Tagesordnung der Ausschüsse ändern, denn diese Ausschüsse sind dem Ständigen Rat verantwortlich. Der Ständige Rat hat keinerlei Beschlüsse über die Restrukturierung der Arbeit der Ausschüsse verabschiedet, und dies ist auch ein Axiom, das aus den Beschlüssen der kollektiven Gremien hervorgeht, und nicht vom Vorsitz ausgeht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.